

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jürgen Förster
Zur Rolle der Wehrmacht
im Krieg
gegen die Sowjetunion

Gerhard Schneider
Mehr Affektivität
im Geschichtsunterricht?
Die Darstellung des Zweiten
Weltkriegs in der trivialen und
populärwissenschaftlichen Literatur
und ihre Verwendung im Unterricht

ISSN 0479-611 X

B 45/80
8. November 1980

Jürgen Förster, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Geschichte und Anglistik in Köln und Nottingham; seit 1970 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg i. Br.

Veröffentlichungen u. a.: Stalingrad. Risse im Bündnis, Freiburg 1975; Rumäniens Weg in die deutsche Abhängigkeit. Zur Rolle der deutschen Militärmission 1940/41, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1979; Hitler's War Aims against the Soviet Union and the German Military Leaders, in: Militärhistorisk Tidskrift 1979; „Croisade de l'Europe contre le bolchevisme“: La participation d'unités de volontaires européens a l'opération „Barberousse“, en 1941, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, no. 118/1980.

Gerhard Schneider, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Geschichte, Romanistik und Politischen Wissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Caen; Professor für Geschichte und ihre Didaktik am Fachbereich Erziehungswissenschaft I der Universität Hannover.

Veröffentlichungen u. a.: (als Hrsg.) Die Quelle im Geschichtsunterricht, Donauwörth 1975; (jeweils als Hrsg. zus. mit Annette Kuhn) Geschichte lernen im Museum, Düsseldorf 1978; Frauen in der Geschichte, Düsseldorf 1979; Unterrichtspraxis Geschichte, München/Wien/Baltimore 1980; Mitherausgeber des Handbuchs der Geschichtsdidaktik, 2 Bde., Düsseldorf 1980², der Zeitschrift „Geschichtsdidaktik“ und der Buchreihe „Geschichtsdidaktik — Studien und Materialien“.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion

Einleitung

Der Krieg gegen die Sowjetunion ist mit Recht der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“ der Neuzeit genannt worden¹⁾. Dieses Urteil Ernst Noltes aus dem Jahre 1963 hat auch durch den Genozid unter dem Pol Pot-Regime in Kambodscha nichts von seiner Gültigkeit verloren. Die völlige Andersartigkeit des deutsch-sowjetischen Krieges — gegenüber dem „europäischen Normalkrieg“ gegen Frankreich — erklärt sich durch den Versuch Hitlers, seine eigentlichen programmatischen Ziele zu verwirklichen. Er wollte Lebensraum für das deutsche Volk gewinnen und zugleich den „jüdisch-bolschewistischen Todfeind“ vernichten. Obwohl die deutsche historische Forschung den rassenideologischen Kern in der Ostkriegskonzeption Hitlers längst bloßgelegt, den engen Zusammenhang zwischen dem militärischen Krieg gegen die Sowjetunion und dem Weltanschauungskampf gegen die Juden oft beschrieben hat²⁾, besteht in der breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland noch immer die Neigung, die Operationen gegen die Rote Armee vom gleichzeitigen Massenmord an Juden, Kommunisten und Kriegsgefangenen säuberlich abzutrennen. Militärischer Kampf zur Eroberung und politisch-polizeiliche Maßnahmen zur Sicherung des gewonnenen Lebensraumes waren aber nur verschiedene Seiten eines einzigen großen Vernichtungskrieges, in dem auch die Wehrmacht eine bestimmte Rolle zu spielen hatte. Hitler setzte sich aus eigener Machtvollkommenheit — mit Unterstützung der Wehrmachtführung — über Normen des Internationalen Rechts, insbesondere des

Kriegsvölkerrechts, hinweg, um die Methoden des Kampfes, die Einstellung zum Gegner und dessen Behandlung dem Sinn und Zweck des Vernichtungskrieges anzupassen. Es ist eben ein Zerrbild der Wirklichkeit, daß nur die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD Juden und kommunistische Funktionäre liquidierten. Auch die Wehrmacht beteiligte sich an der Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“.

Der besondere Charakter des Ostkrieges, insbesondere der enge Zusammenhang zwischen dem „Kampf um Lebensraum“ und der „Endlösung der Judenfrage“, wird von Teilen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland noch immer verdrängt; anders lassen sich die überaus heftigen, zumeist negativen „Zuschauerreaktionen“ auf die Ausstrahlung des politischen Magazins „Report“ mit dem Thema „Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg“ am 11. Dezember 1979 im deutschen Fernsehen nicht erklären³⁾. Trotz überdeutlicher Differenzierung wurden dem Redakteur Einseitigkeit und bewußte Diffamierung des deutschen Soldaten vorgeworfen.

So schmerzlich die Konfrontation mit diesem Teil der deutschen Vergangenheit für die ältere Generation auch sein mag, so sehr das Wort von der „unbewältigten Vergangenheit“ für sie zum Reizwort geworden ist, so sehr muß sich der Historiker um Aufklärung bemühen. „Geschichte durchbricht die Gehäuse, die wir uns immer bauen, indem sie Vergangenheit unbefangen und unverzerrt vor Augen bringt.“⁴⁾ Geschichte als Aufklärung ist immer noch notwendig, weil bei vielen Soldaten und Zeitgenossen die Erinnerung an den Sommer 1941, an die Art der Kriegführung durch die nationalsozialistische Propaganda verformt sowie durch die Verbrechen der Roten Armee, besonders bei ihrem Vordringen nach Deutschland, und die Leiden in sowjetischer Kriegsgefangenschaft überlagert worden ist. Der Kalte Krieg hat nicht nur die Korrektur des vom Nationalsozialismus aufgebauten Feindbildes eines aggressiven Kommunismus verhindert, sondern zugleich die Möglichkeit

¹⁾ Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963, S. 463.

²⁾ Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969; Andreas Hillgruber, *Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 133-153; Martin Broszat, *Hitler und die Genesis der „Endlösung“*. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 25 (1977), S. 739-775.

³⁾ Vgl. *Badische Zeitung* (Freiburg) Nr. 40 vom 16./17. 2. 1980, S. 9.

⁴⁾ Thomas Nipperdey, *Geschichte als Aufklärung*, in: *Die Zeit* (Hamburg) Nr. 9 vom 22. 2. 1980, S. 16.

geboten, den deutschen Angriff am 22. Juni 1941 nachträglich zu rechtfertigen⁵⁾. Die sowjetische Intervention in Afghanistan wird als Beweis dafür angesehen, daß das Expansionsstreben des Kreml auch über die Demarkationslinien des Zweiten Weltkrieges hinausgeht. Geschichte als Aufklärung ist auch dort notwendig, wo die von den Nationalsozialisten zur Tarnung der „Endlösung der Judenfrage“ gewählten Sprachregelungen ihre salvatorische Funktion bis heute behalten haben. So rechtfertigte man an einem Stammtisch in Bürgstadt die Beteiligung des Bürgermeisters Ernst Heinrichsohn an der Deportation französischer Juden nach Auschwitz mit dem Satz: „Er hat die Juden ja nur zum Arbeiten verschickt, das hat denen gut getan.“⁶⁾ War die Wirkung des kommerziellen amerikanischen

Holocaust-Films nicht doch nur die eines Strohfeuers?⁷⁾ Dies mag auch daran liegen, daß die westdeutsche Zeitgeschichtsforschung sich erst seit Anfang der sechziger Jahre intensiv um die Aufarbeitung der Judenverfolgung bemühte. Doch die historische Aufklärungsarbeit über die Verantwortung der Gesellschaft nicht nur an der „deutschen“, sondern auch an der „jüdischen“ Katastrophe, hat in der westdeutschen Öffentlichkeit bisher wenig Anerkennung und Resonanz gefunden. „Sie vermochte weder das allgemeine Defizit an historischem Wissen über die Judenverfolgung abzubauen, noch den vielfältigen apologetischen Spekulationen und historischen Legenden, geschweige denn den antisemitischen Bewußtseinshaltungen und Vorfällen einen Riegel vorzuschieben.“^{7a)}

Hitlers Kriegsziele im Osten

Den Entschluß zum Krieg gegen die Sowjetunion faßte Hitler in Konsequenz seiner Lebensraumprogramm, in der sich Ostexpansion, Vernichtung des Bolschewismus und Ausrottung des Judentums verbanden⁸⁾. Weil darin sozialdarwinistische, rassistische, ökonomische und machtpolitische Erwägungen eine Einheit bildeten, ist es müßig, eine Rangfolge zwischen ideologischen Fixierungen und machtpolitischen Überlegungen für Hitlers Entschluß aufstellen zu wollen. Er verband 1940/41 die strategische Notwendigkeit, den gewonnenen Machtbereich gegenüber den angelsächsischen Seemächten abzusichern und die bestehende Abhängigkeit von der Sowjetunion nicht zu vergrößern, mit der Verwirklichung seiner eigentlichen programmatischen Ziele. Die für den Gewinn einer blockadefesten deutschen Weltmachtstellung für notwendig erachtete Eroberung der europäischen Sowjetunion bot zugleich die Möglichkeit, die Ausrottung des Judentums einzuleiten. Judenherrschaft und Bolschewismus waren für Hitler nämlich identisch. Der spezifische Judenhaß Hitlers läßt sich nach neuerer Forschung wohl auf ein zeitlich exakt fixierbares individuelles Trauma zurückführen. Er unterschied sich deshalb zwar radikal von den anderen Formen eines religiösen, sozialen oder Konkurrenz-Antisemitismus, konnte diese aber zur Befriedigung seiner Obsession benutzen.

⁵⁾ Als ein besonders anschauliches Beispiel vgl. Kurt Assmann, Deutsche Schicksalsjahre. Historische Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, Wiesbaden 1950, S. 227 f.; vgl. auch Erich Helmdach, Überfall? Der sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941, Neckar-Verlag 1975, S. 81.

⁶⁾ Badische Zeitung Nr. 274 vom 27. 11. 1979, S. 3.

In Hitlers Ostkriegskonzeption verschlingen sich vier Motive:

1. die Gewinnung von Kolonialraum für deutsche Siedler,
2. die Ausrottung der „jüdisch-bolschewistischen“ Führungsschicht, einschließlich ihrer angeblichen biologischen Wurzel, den Millionen Juden in Ostmitteleuropa,
3. die Dezimierung der slawischen Massen und ihre Beherrschung durch vier deutsche „Vizekönige“ — die Reichskommissare,
4. die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen in den eroberten Gebieten im Rahmen eines blockadefesten kontinentaleuropäischen Großraums.

Der Gewinn eines solchen Lebensraumes hätte für das anvisierte rassenhomogene „Germanische Reich deutscher Nation“ die Weltmachtstellung und die Voraussetzung für die spätere, unvermeidliche globale Auseinandersetzung mit den USA bedeutet⁹⁾. Mitte Juli 1941, als Hitler und die Heeresführung den

⁷⁾ Zu einer anderen Bewertung kommt eine Befragung, die vierzehn Wochen nach der Fernsehserie „Holocaust“ unternommen wurde (vgl. Das Parlament (Bonn) Nr. 10 vom 8. 3. 1980, S. 14).

^{7a)} Konrad Kwiet, Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27 (1980), S. 150f.

⁸⁾ Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege, 9. neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 1976, S. 337 (= Handbuch der deutschen Geschichte, Bd 4). Zu Hitlers „nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen“ vgl. den Aufsatz von Peter Krüger in: Geschichte u. Gesellschaft, 6 (1980), S. 263—282.

⁹⁾ Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium, S. 140, und Norman Rich, Hitler's War Aims. The Establishment of the New Order, Bd. 2, London 1974, S. 326—332.

Sieg über die Rote Armee errungen zu haben glaubten, brachte Hitler sein destruktives Ostprogramm auf die knappe Formel: „beherrschen, verwalten und ausbeuten“¹⁰⁾. Der „riesenhafte Kuchen“ sollte „handgerecht“ zerlegt werden, doch außer ein paar Randstücken, die Finnland und Rumänien zugestanden wurden, sollte Deutschland der alleinige Nutznießer sein, um auf diesem Wege endlich das „gesunde“ Verhältnis von Volkszahl und Volksraum zu erreichen. Im Osten sollte für die Deutschen ein „Garten Eden“ entstehen. Wenn-

gleich diese Konzeption einer „Neuordnung“ der Sowjetunion sorgfältig getarnt werden sollte, hatten die dafür vorgesehenen und bereits angelaufenen Maßnahmen: „Erschießen, Aussiedeln etc.“ trotzdem weiterzugehen. Neben der Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ bedeutete die rigorose Ausbeutung der besetzten Gebiete zugunsten der Wehrmacht und der deutschen Bevölkerung den dafür in Kauf genommenen Hungertod von Millionen von Sowjetbürgern, Zivilisten wie Kriegsgefangenen.

Das Programm des Vernichtungskrieges

Ab Ende Februar 1941, als die militärischen Vorbereitungen für den „Fall Barbarossa“ schon weit fortgeschritten waren, ließ Hitler — erst im kleinen Kreis seiner Berater, dann vor einem größerem Publikum — seine Entschlossenheit durchblicken, den kommenden Feldzug als rassenideologischen Vernichtungskrieg zu führen. Am 3. März 1941 wies Hitler den OKW-Entwurf für „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)“ mit konkreten Weisungen für eine Neufassung zurück. Der kommende Feldzug sei mehr als nur ein Kampf der Waffen, er führe auch zur Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. Die Sowjetunion müsse zerschlagen, die „jüdisch-bolschewistische Intelligenz“, die das Volk unterdrückt habe, müsse „beseitigt“ werden¹¹⁾. Jodl gab Anweisung, wie die Richtlinien geändert werden müßten. Eine Militärverwaltung sollte sich auf ein kleines Operationsgebiet beschränken. „Die Notwendigkeit, alle Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare sofort unschädlich zu machen“, spreche für den Einsatz der SS neben der Geheimen Feldpolizei des Heeres im Operationsgebiet. Militärgerichte müßten für alle diese Fragen ausgeschaltet werden.

Schon zwei Tage später ging der neue Entwurf dem OKH zur Stellungnahme zu. Die Heeresführung nahm die Beauftragung Himmlers mit „Sonderaufgaben“ im Operationsgebiet hin, obwohl sie seit Polen wußte, was dieser Ausdruck beinhaltete. Wie schon 1939 war das OKH froh, sich auf militärische Aufgaben konzentrieren zu können und das nationalsozialistische Mordprogramm nicht verantworten zu müssen¹²⁾. Aus dieser Haltung des „Augen-

schließens“ konnte kein Widerstand gegen die OKW-„Richtlinien auf Sondergebieten“ vom 13. März erwachsen, und sie ermöglichte das „Abkommen zwischen Heer und SS“ vom 26. März. Diese Mentalität war wohl auch charakteristisch für die Mehrzahl der konservativen hohen Truppenoffiziere. Als Beispiel sei eine Unterredung zwischen dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Feldmarschall von Leeb, und dem Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Nord, General von Roques, am 8. Juli 1941 zitiert: „Roques... klagt über die massenhaften Erschießungen von Juden in Kowno (Tausende!) auf Veranlassung der deutschen Polizeibehörden durch litauische Schutzverbände. Wir haben auf diese Maßnahmen keinen Einfluß. Es bleibt nur übrig, daß man sich fern hält. Roques meinte wohl zutreffend, daß auf diese Weise die Judenfrage wohl nicht gelöst werden kann. Am sichersten wäre sie durch Sterilisierung aller männlichen Juden zu lösen.“¹³⁾

Die militärische Führung ging vielleicht beim Abkommen zwischen Heer und SS davon aus, diese „Flurbereinigung“ des neuen Lebensraums nicht verantworten zu müssen¹⁴⁾. Doch Hitler war entschlossen, auch die Wehrmacht zum Instrument des rassenideologischen Vernichtungskrieges zu machen und damit die Grenzen zwischen militärischer und politisch-ideologischer Kriegführung aufzuheben. Die Generalität erfuhr von dieser Aufgabe am 30. März 1941. An diesem Tag hielt Hitler eine große Rede in der Reichskanzlei vor den über 200 Befehlshabern, Kommandeuren und Stab-

¹⁰⁾ Georg Meyer (Hrsg.), Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, Stuttgart 1976, S. 288 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 16).

¹¹⁾ Dies war die Formulierung der Aufgaben der SS in Polen, die sich gegen Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit und Adel richteten (Hans-Adolf Jacobsen) (Hrsg.), Generaloberst Halder, Kriegstagebuch Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 79, Eintrag vom 19. 9. 1939 (zitiert Halder, KTB).

¹²⁾ IMT XXXVIII, S. 86—94.

¹³⁾ Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.) Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. 1, Frankfurt a. M. 1961, S. 341 (zitiert OKW KTB I).

¹⁴⁾ Vgl. Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 116 ff. und 273 f. (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd 18).

schefts der für das Unternehmen „Barbarossa“ vorgesehenen Verbände. Er sprach offen aus, daß er den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion nicht nach den üblichen militärischen Grundsätzen geführt sehen wollte, sondern als „Vernichtungskrieg“ gegen eine Weltanschauung und ihre Anhänger: „Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander... Bolschewismus ist gleich asoziales Verbrechen. Kommunismus ungeheure Gefahr für die Zukunft. Wir müssen von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf... Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren... Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz... Der Kampf muß geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgerichte. Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht. Sie müssen in dem Kampf führen! Die Truppe muß sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher und müssen als solche behandelt werden. Deshalb braucht die Truppe nicht aus der Hand der Führer zu kommen. Der Führer muß seine Anordnungen im Einklang mit dem

Empfinden der Truppe treffen. Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.“¹⁵⁾

Schon am 10. Februar 1939 hatte Hitler in einer bisher weithin unbekannt gebliebenen Rede vor den Truppenkommandeuren des Heeres den ihm vorschwebenden Krieg um Lebensraum als einen „reinen Weltanschauungskrieg, d. h. bewußt ein[en] Volks- und ein[en] Rassenkrieg“ erklärt¹⁶⁾. Er hatte außerdem verlangt, in ihm nicht nur den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, sondern auch den obersten weltanschaulichen Führer zu sehen, dem sie als Offiziere ebenfalls auf Gedeih und Verderb verpflichtet seien. Die klare Forderung an das gesamte Offizierkorps, seine „allerletzte Garde“ bei der Verwirklichung weltanschaulich geprägter Ziele zu bilden, gewinnt ihre Bedeutung für das Verhältnis von Heer und Hitler besonders vor dem Hintergrund seiner „Prophezeiung“ am 30. Januar 1939: „Wenn es dem internationalen Judentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“¹⁷⁾

Die „verbrecherischen“ Befehle

Die am 30. März 1941 von Hitler verkündeten Intentionen lösten in der Wehrmacht- und Heeresführung den üblichen Geschäftsgang unter Beteiligung der zuständigen Abteilungen und Referate aus. In den Richtlinien vom 13. März waren ja schon besondere Befehle für „das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung und die Aufgaben der Wehrmachtgerichte“ angekündigt worden. Offiziere und Beamte im OKW und OKH erarbeiteten ohne Protest jene später als „verbrecherisch“ bezeichneten Befehle, die den Charakter des Ostkrieges entscheidend bestimmen sollten¹⁸⁾: „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der Truppe“ vom 13. Mai 1941, „Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ vom 19. Mai 1941 und die „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ vom 6. Juni 1941.

Alle späteren Behauptungen von Beteiligten, sie hätten nur befehlsgemäß gehandelt oder sogar vorgegebene Ziele abgemildert, gehören in den Bereich der Legendenbildung. Gerade weil die Offiziere und Beamten in den Führungsstäben die Abwertung des Kriegsvölkerrechts zu einer Funktion des politischen Wil-

lens erkannten, sahen sie die Notwendigkeit, die befohlenen Maßnahmen entweder aus der deutschen Geschichte seit 1918, als präventive Repressalie oder durch Hinweise auf das Sicherheitsbedürfnis der Truppe zu rechtfertigen. Die militärischen Führer und ihre juristischen Berater wurden so zu Hitlers „partners in crime“.¹⁹⁾

¹⁵⁾ Halder, KTB II, Stuttgart 1963, S. 336 f.

¹⁶⁾ Bundesarchiv Koblenz (BA) NS 11/28, BL 86 ff. Auf diese Rede hat in anderem Zusammenhang zuerst aufmerksam gemacht Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers, Düsseldorf 1976², S. 112 ff.

¹⁷⁾ Max Domarus (Hrsg.), Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2, Neustadt a. d. Aisch 1963, S. 1058.

¹⁸⁾ Vgl. Manfred Messersmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 390—411 (= Soldatische Menschenführung in der deutschen Militärgeschichte, Bd. 2); Helmut Krausnick, Kommissarbefehl und „Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa“ in neuer Sicht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 682—738; Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941—1945, Stuttgart 1978, S. 28—61 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 13).

¹⁹⁾ Robert Cecil, Hitler's Decision to Invade Russia 1941, London 1975, S. 157 (= The Politics and Strategy of the Second World War, Bd. 4).

Die „Richtlinien für das Verhalten der Truppe“ erklärten den Bolschewismus zum „Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.“ Dieser Kampf verlange „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes“²⁰⁾. Der gezielte Hinweis auf die vermeintliche Identität von Bolschewismus und Judentum fiel im Heer nicht auf unfruchtbaren Boden. So hatte z. B. schon am 2. Mai 1941 General Hoepner, Befehlshaber der Panzergruppe 4 bis zu seiner Ablösung im Winter 1941 und später ein aktives Mitglied im militärischen Widerstand, in einem Aufmarschbefehl die Konsequenz aus der Hitler-Rede vom 30. März 1941 gezogen: „Der Krieg gegen Rußland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muß die Zerstrümmung des heutigen Rußland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.“²¹⁾

Der Gerichtsbarkeitserlaß Barbarossa kann als ein „Beispiel planvoller Projektion nationalsozialistischen ‚Rechtsdenkens‘ auf einen ideologischen Feind“ angesehen werden²²⁾. Der ganze Komplex des *ius in bello* wurde als lästiges Hemmnis der Kriegführung betrachtet. Deshalb forderte General Müller, General z. b. V. beim Oberbefehlshaber des Heeres und als solcher zuständig für das Rechtswesen im Heer, am 11. Juni 1941 bei der Unterrichtung von Ic-Offizieren und Heeresrichtern, „daß im kommenden Einsatz Rechtsempfinden u. U. hinter Kriegsnotwendigkeit zu treten habe [und die] Rückkehr zum alten Kriegsgebrauch ... Einer von beiden Feinden muß auf der

Strecke bleiben. Träger der feindlichen Einstellung nicht konservieren, sondern erledigen“²³⁾. Als „Freischärler“, die von der Truppe schonungslos zu erledigen waren, sollte auch jeder Zivilist gelten, der die Wehrmacht nur behinderte oder zur Behinderung aufforderte. In Zweifelsfällen über die Täterschaft sollte der bloße Verdacht für die Verurteilung zum Tode durch einen Offizier genügen. Falls bei Angriffen gegen die Wehrmacht der einzelne Straftäter nicht rasch genug festgestellt werden konnte, waren auf Vorschlag des Generalstabschefs Halder „kollektive Gewaltmaßnahmen“ gegen Ortschaften in den Erlaß aufgenommen worden.

Bei der Formulierung des Kommissarbefehls ging die Initiative eindeutig vom OKH aus. Als der erste Entwurf dem Generalstabschef Halder erläutert wurde, erklärte dieser zustimmend: „Truppe muß den weltanschaulichen Kampf mit durchfechten bei Ostfeldzug“²⁴⁾. Die Erschießung „politischer Hoheitsträger und Leiter (Kommissare)“ wurde nicht einmal vom Verdacht einer feindseligen Handlung abhängig gemacht, sondern nur vom Besitz einer Funktion innerhalb der Roten Armee oder des sowjetischen Herrschaftsystems. Eine Rolle für die völkerrechtswidrige Behandlung der politischen Kommissare aller Art spielte auch die Befürchtung der Heeresführung, daß sie die Propaganda in der Heimat als Gefangene fortsetzen könnten. Aus diesem Grunde forderte der Oberbefehlshaber des Heeres später die Ic-Offiziere der Truppe zur ständigen Überprüfung der Gefangenenlager auf. Es wäre verfehlt, die Auswirkung des Kommissarbefehls auf das Verhalten der Truppe zu unterschätzen und, wie Nolte es noch tat²⁵⁾, anzunehmen, die Truppe hätte seine Ausführung meist zu sabotieren gewußt. Die große Anzahl dienstlicher Vollzugsmeldungen während der Operationen — zuerst als Teil der Tagesmeldung des Ic-Offiziers, später als vierzehntägliche Terminmeldung — spricht eine zu deutliche Sprache²⁶⁾. Sollen wir wirklich glauben, dieser Teil der Meldung sei bewußt manipuliert worden, wie ehemalige Soldaten vorgeben²⁷⁾. Oft meldeten die Korps auch einfach „Fehlanzeige“, es mußten also keine Falschmeldungen abgegeben werden.

²⁰⁾ Hervorhebung v. Verf.

²¹⁾ Panzergruppe 4, Ia Nr. 20/41, Anlage 2, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) Freiburg 17 956/7. Jetzt wird verständlich, daß der Führer der Einsatzgruppe A seine Zusammenarbeit mit der Panzergruppe 4 als „sehr eng, ja fast herzlich“ beschrieb (IMT XXXVII, S. 671).

²²⁾ Messerschmidt, Wehrmacht im NS-Staat, S. 409. Vgl. auch ders., Revision, Neue Ordnung, Krieg, Akzente der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland 1933-1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1971, S. 61—95.

²³⁾ NOKW-2672 und BA-MA 13 119/1.

²⁴⁾ Halder, KTB II, S. 339 (6. 5. 1941).

²⁵⁾ Nolte, Der Faschismus, S. 437.

²⁶⁾ Vgl. die Aufzählung bei Streit, Keine Kameraden, S. 88—89. In den Ic-Akten im BA-MA lassen sich eine Vielzahl von weiteren Belegen für die Durchführung des Kommissarbefehls leicht finden.

²⁷⁾ Vgl. Meyer, Leeb, S. 61, Anmerkung 240.

Die „Gegnervernichtung“ in den Gefangenenlagern

Die gezielte Vernichtung einer Weltanschauung durch die Wehrmacht wurde in den Gefangenenlagern im Operationsgebiet fortgesetzt. Da dies, besonders als die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD die Mordaktionen übernommen hatten, systematisch geschah, kann als sicher gelten, „daß die meisten der sowjetischen Kommissare, Funktionäre, Hoheitsträger etc. nicht an der Front, sondern erst in den verschiedenen Gefangenenlagern erschossen wurden“²⁸⁾. Die Verantwortung für das Kriegsgefangenenwesen im „Fall Barbarossa“ war zwischen OKW und OKH aufgeteilt. Im Reichsgebiet, im besetzten Polen und den später geschaffenen Reichskommissariaten Ostland und Ukraine lag die Verantwortung beim OKW, im Operationsgebiet des Heeres beim OKH.

Schon am 10. Juli 1941 äußerte der Oberbefehlshaber des Heeres die Befürchtung, daß eine Reihe von politischen Kommissaren der Roten Armee nach Entfernung ihrer Abzeichen unerkannt in die Gefangenenlager geraten sein könnten. Vierzehn Tage später verfügte ein Befehl des Generalquartiermeisters, „umgehend ... politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer“ auszusondern. Mit ihnen sollten die Lagerkommandanten „gemäß gegebener Sonderanordnungen“ verfahren, d. h. sie nach dem Gerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl erschießen.

Der Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD für diese Aufgabe war allerdings noch ausgeschlossen. „Asiaten (ihrer Rasse nach), Juden, deutsch sprechende Russen“ sollten zwar auch abgedondert, aber nicht erschossen, sondern nur von Deutschland ferngehalten werden²⁹⁾. Daß diese Praxis nicht immer eingehalten wurde, eine Zusammenarbeit mit der SS stattfand und auch Juden in den Kriegsgefangenenlagern im Operationsgebiet des Heeres erschossen wurden, belegen einerseits der Vorschlag des Kommandanten des Durchgangslagers 131 in Slonim an den Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, jüdische Ärzte „nicht

ohne weiteres“ zu erschießen³⁰⁾, und die Meldungen der Einsatzgruppen. Andererseits ist auch die Weigerung eines Lagerkommandanten in Mogilev bekanntgeworden, „jüdische Gefangene für eine Sonderbehandlung herauszugeben, da hierfür kein Befehl der zuständigen Wehrmachtdienststelle“ vorläge³¹⁾. Am 7. Oktober 1941 hob allerdings die Heeresführung das Verbot auf, den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD Zutritt zu den Lagern im Operationsgebiet zu gewähren; sie übernahm die seit Juli im OKW-Bereich befohlene Praxis und sanktionierte damit die in den rückwärtigen Heeresgebieten bereits geübte Zusammenarbeit mit der SS.

Am 17. Juli 1941 hatte das OKW verfügt, daß die Wehrmacht „sich umgehend von allen denjenigen Elementen unter den Kriegsgefangenen [zu] befreien [habe], die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen [seien]. Die besondere Lage des Ostfeldzuges verlangt daher besondere Maßnahmen, die frei von bürokratischen und verwaltungsmäßigen Einflüssen verantwortungsfreudig durchgeführt werden müssen. Während den bisherigen Vorschriften und Befehlen des Kriegsgefangenenwesens ausschließlich militärische Überlegungen zu Grunde lagen, muß nun der politische Zweck erreicht werden, das Deutsche Volk vor bolschewistischen Hetzern zu schützen und das besetzte Gebiet alsbald fest in die Hand zu nehmen.“³²⁾ Nach einer ersten Sonderung der Gefangenen nach „Volkstumszugehörigkeit“ und „politischer Vertrauenswürdigkeit“ durch das Wehrmachtspersonal übernahm dann das jeweilige — „besonders geschulte“ — Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD die weitere Aussonderung und Liquidierung. Nach den Richtlinien Heydrichs fielen darunter auch alle Juden. Mit dem OKW-Befehl vom 17. Juli und seiner Übernahme durch das OKH Anfang Oktober 1941 „war die letzte Radikalisierung der Gegnervernichtung im Rahmen der seit März 1941 entwickelten weltanschaulichen Befehle erreicht“³³⁾. Ihr fielen mindestens 580 000 bis 600 000 Sowjetbürger zum Opfer.

²⁸⁾ Krausnick, Kommissarbefehl, S. 736.

²⁹⁾ OKH/GenStdH/Az. Gen z. b. V. beim ObdH/GenQu/Abt. KrVerw./Nr. II/4596/41 vom 24. 7. 1941, in: BA-MA 14 989/56 (Hervorhebung v. Verf.).

³⁰⁾ BA-MA RH 22/251.

³¹⁾ Streit, S. 102.

³²⁾ Zitiert nach Streit, S. 90.

³³⁾ Ebd., S. 93.

Allerdings gab es auch im OKW schon früh Bemühungen um eine völkerrechtskonforme Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Sie gingen aus vom Referat Kriegsvölkerrecht in der Amtsgruppe Ausland. Helmuth James von Moltke war der Verfasser jener Denkschrift, in der Admiral Canaris am 15. September 1941 auf die Gültigkeit des allgemeinen Völkerrechts hinwies, auch wenn das Genfer Kriegsgefangenenabkommen von 1929 für das Deutsche Reich und die Sowjetunion nicht verbindlich sei. Es widerspreche der soldatischen Tradition, Wehrlose zu töten oder zu verletzen. Diese Intervention zugunsten der sowjetischen Kriegsgefangenen, die durch die gerade erfolgte Erneuerung des Befehls vom 17. Juli besonders dringlich erschien, wurde von Keitel verworfen: „Die Bedenken entsprechen den soldatischen Auffassungen vom ritterlichen Krieg! Hier handelt es sich um die Vernichtung einer Weltanschauung. Deshalb billige ich die Maßnahme und decke sie.“ Insbesondere die Aussonderungen durch die SS nach rassenideologischen Gründen hielt Keitel für „sehr zweckmäßig“³⁴⁾. Von August 1941 an wurde auch der Kommissarbefehl von immer mehr Truppenkommandeuren kritisiert, allerdings nicht so sehr wegen seiner Völkerrechtswidrigkeit, sondern aus utilitaristischen Gründen: Er habe zu einer Versteifung des sowjetischen Widerstandes geführt. Am 23. September 1941 bat die Heeresführung das OKW, die Durchführung des Kommissarbefehls unter Berücksichtigung der Entwicklung der operativen Lage zu überprüfen. Doch Hitler lehnte jede Änderung ab. Erst im Mai 1942 hatte das Drängen der Truppenkommandeure Erfolg. Der Kommissarbefehl wurde im Operationsgebiet ausgesetzt, um bei den sowjetischen Soldaten die Neigung zum Überlaufen zu fördern. Am 1. Juni wurde auch die „Sonderbehandlung“ der Kommissare und Politruks in den Kriegsgefangenenlagern aufgehoben. Doch schon im Oktober 1942 wurde dieser Befehl korrigiert. Die Einsatzkommandos sollten feststellen, ob es sich um übergelaufene oder im Kampf gefangen genommene Kommissare und Politruks handelte; letztere waren zu exekutieren, die Überläufer wurden ins KZ Mauthausen gebracht. Für „Juden, Verbrecher usw.“ blieb es „beim bisherigen Verfahren“, d. h. sie wurden weiter erschossen³⁵⁾.

sarbefehl von immer mehr Truppenkommandeuren kritisiert, allerdings nicht so sehr wegen seiner Völkerrechtswidrigkeit, sondern aus utilitaristischen Gründen: Er habe zu einer Versteifung des sowjetischen Widerstandes geführt. Am 23. September 1941 bat die Heeresführung das OKW, die Durchführung des Kommissarbefehls unter Berücksichtigung der Entwicklung der operativen Lage zu überprüfen. Doch Hitler lehnte jede Änderung ab. Erst im Mai 1942 hatte das Drängen der Truppenkommandeure Erfolg. Der Kommissarbefehl wurde im Operationsgebiet ausgesetzt, um bei den sowjetischen Soldaten die Neigung zum Überlaufen zu fördern. Am 1. Juni wurde auch die „Sonderbehandlung“ der Kommissare und Politruks in den Kriegsgefangenenlagern aufgehoben. Doch schon im Oktober 1942 wurde dieser Befehl korrigiert. Die Einsatzkommandos sollten feststellen, ob es sich um übergelaufene oder im Kampf gefangen genommene Kommissare und Politruks handelte; letztere waren zu exekutieren, die Überläufer wurden ins KZ Mauthausen gebracht. Für „Juden, Verbrecher usw.“ blieb es „beim bisherigen Verfahren“, d. h. sie wurden weiter erschossen³⁵⁾.

Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen

Neben der Erschießung Hunderttausender politisch und rassistisch „untragbarer“ Kriegsgefangener verlangte auch das Massensterben unzähliger Rotarmisten in deutschem Gewahrsam eine Erklärung. Diese hat in überzeugender Weise Christian Streit geliefert³⁶⁾. Wenn gleich keine pauschale Vernichtungsabsicht bestand, so wurde doch ihr Sterben in Kauf genommen. Da die militärische Führung mit einem kurzen Krieg rechnete, hatte sie mit der Organisation für die anfallenden Gefangenenmassen keine Eile. Das Primäre war die Etablierung und Sicherung der deutschen Herrschaft im Osten sowie die Ausbeutung der Ernährungs- und Rohstoffquellen zugunsten der Wehrmacht und des Reiches. Für die Ernährung der Kriegsgefangenen sollte nur das geringstmögliche Maß an Nahrungsmitteln aufgewendet werden, um möglichst viel für den eigenen Bedarf aus dem Lande herausholen zu können. Die Verpflegung der sowjetischen Kriegsgefangenen wurde am 6. August 1941 erstmals für alle Lager einheitlich geregelt.

Die Rationen hatten für arbeitende Gefangene einen Nährwert von 2 200 Kalorien, für nichtarbeitende von 2 040 Kalorien. Diese Sätze wurden am 21. Oktober für die Lager im Operationsgebiet, in den Reichskommissariaten und im besetzten Polen drastisch gesenkt, dagegen nicht im Reichsgebiet. Die Fettration wurde um 36 % gekürzt, die Kartoffelration um 44 %. Der Nährwert der Ration für nichtarbeitende Gefangene betrug nur noch 1 490 Kalorien. Bei der Bewilligung der Zulagen für arbeitende Gefangene sollte ein „besonders strenger Maßstab“ angelegt werden. Die Einheitsführer sollten sich bewußt sein, „daß jedes Verpflegungsmittel, das den Kriegsgefangenen zu Unrecht oder zuviel gewährt wird, den Angehörigen in der Heimat oder dem deutschen Soldaten abgezogen werden muß“³⁷⁾. Unter dem Trauma der Niederlage von 1918 wurde die Stimmung der Heimat als ein wesentlicher Faktor der Kriegführung angesehen; deshalb durfte kein politischer Kommissar in die Gefangenenlager im Reichsgebiet „entkommen“, deshalb durften die Rationen

³⁴⁾ IMT XXXVI, S. 317—320.

³⁵⁾ Streit, S. 253 f.

³⁶⁾ Streit, S. 128 ff.

³⁷⁾ Zitiert nach Streit, S. 142.

der deutschen Bevölkerung auf keinen Fall gekürzt werden. Diese Rangfolge führte zu dem furchtbaren Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst und Winter 1941, da noch nicht einmal die am 21. Oktober zugehenden Rationen in den Lagern erreicht wurden. Zu Unterernährung und unzureichendem Schutz vor Kälte und Nässe kamen dann noch Fleckfieber und Typhus.

Auf der Besprechung zwischen Heeres- und Truppenführung in Orša am 13. November 1941 erklärte der zuständige Generalquartiermeister des Heeres, General Wagner: „Nicht arbeitende Kriegsgefangene in den Lagern haben zu verhungern. Arbeitende Kriegsgefangene können im Einzelfall auch aus Heeresbeständen ernährt werden. Generell kann auch das angesichts der allgemeinen Ernährungslage leider nicht befohlen werden.“³⁸⁾ Um wenigstens den als „Hilfswachmannschaften“ eingesetzten Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität eine ausreichende Verpflegung zukommen zu lassen — damit wollte man ihre

Motivation unterstützen —, hatte schon Anfang November der Kommandeur der im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte eingesetzten 339. Infanteriedivision vorgeschlagen, „alle Schädlinge und unnützen Esser auszumerzen (geflohene und wieder aufgegriffene Kriegsgefangene, Landstreicher, Juden und Zigeuner).“^{38a)}

Erst als nach dem Scheitern eines „schnellen Feldzuges“ und unter dem Zwang des Arbeitskräftemangels in der deutschen Kriegswirtschaft der „Wert“ der sowjetischen Kriegsgefangenen stieg, besserte sich deren Lage. Waren Ende Januar 1942 erst 147 736 Gefangene in der Kriegswirtschaft eingesetzt, so betrug ihre Zahl gegen Ende des Krieges rund 750 000. Von den insgesamt 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen starben etwa 3,3 Millionen in deutscher Gefangenschaft. Zum Vergleich: Von den 3,2 Millionen deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft starben etwa 1,2 Millionen³⁹⁾.

Die Zusammenarbeit von Heer und SS bei der Sicherung der eroberten Gebiete

Eine „Grauzone“, in der sich militärische Kriegführung und politisch-polizeiliche Ausrüttungspraktiken berührten, vermischten, überlappten oder von Heer und SS gemeinsam betrieben wurden, war die Sicherung des eroberten Gebiets. Während die militärische Führung in den rückwärtigen Armee- und Heeresgebieten bestrebt war, jeden aktiven oder passiven Widerstand der Zivilbevölkerung „mit harten Strafmaßnahmen im Keim zu ersticken“ und „rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden“ anordnete⁴⁰⁾, führte die SS den „Sonderauftrag des Führers“ durch. Dieser bestand aber nicht nur in der Ergreifung von politisch gefährlichen Persönlichkeiten (Juden, Emigranten, Saboteuren, Terroristen) sowie in der „Erforschung und Bekämpfung der staats- und rechtsfeindlichen Bestrebungen“, sondern auch in der Exekution aller Juden. Damit sollten die Grundla-

gen „für die endgültige Beseitigung des Bolschewismus geschaffen werden“⁴¹⁾.

Beide „Waffenträger“ waren zu „engster Zusammenarbeit“ verpflichtet. Den Befehlshabern in den rückwärtigen Heeresgebieten Nord, Mitte und Süd unterstanden je drei Sicherungsdivisionen des Heeres und drei Polizei-Bataillone, den Höheren SS- und Polizeiführern unterstanden die vier Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie je ein Polizei-Regiment der Ordnungspolizei. Der Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet konnte die Truppen der Ordnungspolizei im Einvernehmen mit dem Höheren SS- und Polizeiführer auch zu militärischen Aufgaben einsetzen⁴²⁾. Es blieb Theorie, wenn der Beauftragte des Generalquartiermeisters den zu-

³⁸⁾ Zitiert nach Streit, S. 157.

^{38a)} 339. Inf.-Division, Ia Nr. 1466/41 vom 5. 11. 1941. BA-MA 13914/4.

³⁹⁾ Streit, S. 244 ff.

⁴⁰⁾ OKH/GenStdH/GenQu Abt. Kriegsverwaltung Nr. II/0315/41 vom 3. 4. 1941 (BA-MA RH 22/12) und die OKW-„Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland“ vom 19. 5. 1941.

⁴¹⁾ So stellte es der Vertreter des SD, Standartenführer Nockemann, auf einer Besprechung zwischen OKW/Abwehr und OKH am 6. 6. 1941 in Berlin dar (BA-MA H 3/482). Zur Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen vgl. die im Herbst 1980 erscheinende grundlegende Arbeit von H. Krausnick/K. Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1941 und 1942, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 22)

⁴²⁾ Vgl. das Schreiben Himmlers vom 21. 5. 1941 (NOKW-2079 und BA-MA RH 22/156).

ständigen Ic-Offizieren am 6. Juni 1941 die klare Trennung der Aufgaben von Wehrmacht und SS dahin gehend erläuterte: Wehrmacht: Niederringen des Feindes; Reichsführer SS: politisch-polizeiliche Bekämpfung des Feindes⁴³⁾. Dieses Raster mußte bei der befohlenen Vernichtung eines weltanschaulichen Gegners und bei der ideologischen Verblendung vieler Offiziere und Soldaten brüchig werden. Es war Hitler, der die „Chance“ erkannte, die ihm Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg hinter der Front bot: „Er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt.“⁴⁴⁾ Wenige Wochen vorher hatte bekanntlich der General z. b. V. beim Oberbefehlshaber des Heeres den Gerichtsbarkeits-erlaß Barbarossa dahin gehend erläutert, daß

die „Träger der feindlichen Einstellung nicht konserviert, sondern erledigt“ werden sollten.

Deshalb forderte die Ergänzung zur „Weisung Nr. 33: Fortführung des Krieges im Osten“ vom 23. Juli 1941, den Widerstand in den eroberten Ostgebieten nicht „durch die juristische Bestrafung der Schuldigen“ zu brechen, sondern durch Terror „der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen“⁴⁵⁾. Als „Träger der feindlichen Einstellung“, als „bolschewistische Triebkräfte“ wurden aber nicht nur die kommunistischen Funktionäre, sondern auch die Juden angesehen. Die jahrelange Indoktrination der Wehrmacht und die stereotype Formel vom „jüdischen Bolschewismus“ begannen, ihre Früchte zu tragen.

Die Zusammenarbeit von Heer und SS bei der Vernichtung der Juden

Die praktische Zusammenarbeit von Heer und SS bei der Verfolgung der Juden gestaltete sich oft so, daß Vorausabteilungen der Einsatzgruppen mit der kämpfenden Truppe vorgingen, manchmal sogar auf ausdrücklichen Wunsch der Befehlshaber, daß Truppenführer über die Kennzeichnung und Registrierung hinaus sogar die Verhaftung von Juden anordneten, so daß den SS-Einheiten der Zugriff bequem möglich war. So geschah es z. B. im Bereich des LVII. Armeekorps unter General von Manstein. Als es nach der Einnahme von Dünaburg immer noch zu Bränden kam, glaubte man in der Korpsführung nur allzu gern den Aussagen der „Zivilbevölkerung, daß vor allen Dingen die Juden ... diese Sabotageakte gegen die Truppe direkt oder indirekt verschuldeten“⁴⁶⁾. Nach der Verhaftung der männlichen Juden hätte sich die Lage in Dünaburg „schlagartig“ geändert. Entsprechend dieser „Erfahrung“ ging der Ordonnanzoffizier für Abwehrangelegenheiten der Ic-Abteilung auch nach der Einnahme von Rositten Anfang Juli 1941 vor. Ein Kommando der Geheimen Feldpolizei verhaftete mit Hilfe eines Zuges der Kradschützenkompanie des SS-Totenkopf-Regiments 1 die männlichen erwachsenen Juden, „da auch hier mit Sabotageakten zu rechnen war“. Der Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Süd befahl Ende August 1941

„die Einrichtung von Ghettos in Ortschaften mit größerem jüdischen Bevölkerungsteil, insbesondere in Städten“⁴⁷⁾. Im Bereich der 99. leichten Infanteriedivision fahndete die Geheime Feldpolizei gezielt nach Juden, die dann dem SD übergeben wurden⁴⁸⁾. So konnten die Einsatzgruppen nicht nur über eine „ausgezeichnete“ Zusammenarbeit mit den militärischen Führungsstellen, sondern sogar über eine „erfreulich gute Einstellung gegen die Juden“ berichten⁴⁹⁾.

Es gab jedoch auch Versuche einzelner Kommandeure, die für eine klare Trennung der Aufgaben von Wehrmacht und SS eintraten. Sie wollten mit ihren Befehlen die Beteiligung von Wehrmachtangehörigen an Judenprogromen, insbesondere das „eigenmächtige Vorgehen“ einzelner, sowie das Zuschauen oder Fotografieren bei Aktionen der Einsatzkommandos unterbinden. Sie verboten zwar die Heranziehung von Wehrmachtangehörigen zu Exekutionen von Juden, Ersuchen der SS um Gestellung von Absperrdiensten sollten aber nach Möglichkeit stattgegeben werden. Daß sich Befehlshaber rückwärtiger Heeresgebiete noch im März 1942 genötigt sahen, ein grundsätzliches Verbot der Teilnahme von Wehrmachtangehörigen an Judenerschießungen zu erlassen, kann doch nur als Bestätigung

⁴³⁾ Besprechung vom 6. 6. 1941 (BA-MA H 3/482). Vgl. auch Halder, KTB II, S. 485 (Anlage 11).

⁴⁴⁾ IMT XXXVIII, S 88.

⁴⁵⁾ Hitlers Weisungen für die Kriegführung, hrsg. von W. Hubatsch, München 1965, S. 167 f. (= dtv-Dokumente, Bd. 278/79).

⁴⁶⁾ Tätigkeitsbericht des 0 4 vom 22. 6.—11. 9. 1941, BA-MA 17 956/32.

⁴⁷⁾ Bfh. rückw. HGeb Süd, Abt. VII, Anordnung Nr. 12 vom 28. 8. 1941, BA-MA RH 22/6.

⁴⁸⁾ Tätigkeitsbericht des Ic vom September 1941, BA-MA 21 400/17. Am 26. 9. 1941 beklagte der Divisionskommandeur, daß Offiziere die Übernahme der Verantwortung für Kollektivmaßnahmen scheuten. Ebd.

⁴⁹⁾ Zitiert nach Streit, S. 111.

des Sachverhaltes an sich angesehen werden⁵⁰⁾.

Nicht nur Hitler und die SS konstruierten einen Zusammenhang zwischen dem „jüdischen Bolschewismus“ und der „Partisanen“-Bewegung, sondern auch Truppenführer sahen in den Juden besondere Anhänger des feindlichen Herrschaftssystems und handelten danach. So befahl z. B. der Kommandeur der 44. Infanteriedivision in Ausführung des Gerichtsbarkeitserlasses am 21. Juli 1941 kollektive Gewaltmaßnahmen, wenn bei Sabotagefällen der Täter nicht festgestellt werden konnte. In charakteristischer eigener Wendung wurde aber darauf hingewiesen, daß die Kollektivmaßnahmen „im Erschießen von ortsansässigen Juden oder Russen, Abbrennen von jüdischen oder russischen Häusern bestehen“ könnten⁵¹⁾. Bei der 50. Infanteriedivision wurde darauf hingewiesen, daß damit zu rechnen sei, daß insbesondere Juden und sowjetische Parteimitglieder den „Nachrichtendienst über die Fronten hinweg aufrechterhalten“ würden⁵²⁾. Als die 1. SS-Kavallerie-Brigade dem Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte in einem Erfahrungsbericht über die „Befriedung der Prypec-Sümpfe“ am 3. September 1941 meldete, daß die Verbindung der Partisanenabteilungen untereinander „vor allem durch Juden“ aufrechterhalten würde und „judenfreie“ Dörfer in keinem Falle Stützpunkte der Partisanen gewesen seien, wurde dieser Hinweis eindeutig zustimmend zur Kenntnis genommen.

General von Schenckendorff veranstaltete vom 24. bis 26. September 1941 einen „Kursus über die Bekämpfung der Partisanen“. Bei diesem Erfahrungsaustausch zwischen Heer und SS sprachen u. a. der Höhere SS- und Polizeiführer, von dem Bach-Zelewski, über das „Erfassen von Kommissaren und Partisanen“, und der Führer der Einsatzgruppe B, Nebe, über „Die Judenfrage mit besonderer Berücksichtigung der Partisanenbewegung“. Nach einer „Schulübung“ des Polizei-Regiments Mitte führten am letzten Tage Teile des Sicherungs-

regiments 2 die „richtige“ Aushebung von Partisanen, Kommissaren und Kommunisten und Durchkämpfung der Bevölkerung vor⁵³⁾. Auf Antrag von General von Schenckendorff hatte von dem Bach am 31. August 1941 die Spange zum Eisernen Kreuz 2. Kl. erhalten, wodurch die Unterstützung des Heeres seitens der SS bei der ‚Befriedung‘ des Landes gewürdigt wurde.

Anfang Oktober 1941 machte der Oberbefehlshaber der 6. Armee, von Reichenau, seine Haltung im Vernichtungskrieg gegenüber den ihm unterstellten Soldaten deutlich, nachdem er schon wiederholt seine aktive Hilfestellung für die Ausrottungspraktiken der Einsatzgruppe C bewiesen hatte: „Der Soldat ist im Ostraum nicht nur ein Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch ein Träger einer unerbittlichen völkischen Idee und Rächer für alle Bestialitäten, die deutschem und artverwandtem Volkstum zugefügt wurden. Deshalb muß der Soldat für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis haben. Sie hat den weiteren Zweck, Erhebungen im Rücken der Wehrmacht, die erfahrungsgemäß stets von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken ... Fern von allen politischen Erwägungen hat der Soldat zweierlei zu erfüllen: 1. die völlige Vernichtung der bolschewistischen Irrlehre, des Sowjetstaates und seiner Wehrmacht, 2. die erbarmungslose Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit und damit die Sicherung des Lebens der deutschen Wehrmacht in Rußland. Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien.“⁵⁴⁾

Dieser Befehl über das „Verhalten der Truppe im Ostraum“, den Hitler als „ausgezeichnet“ apostrophierte, wurde vom OKH an alle Heeresgruppen und Armeen mit der Bitte verteilt, gleiche Anordnungen zu erlassen. Dieser Anregung folgte General v. Manstein, Oberbefehlshaber der 11. Armee, in dessen Bereich auf der Krim sich starke Partisanenverbände befanden und die Einsatzgruppe D eingesetzt war, am 20. November 1941: „Dieser Kampf wird nicht in hergebrachter Form gegen die sowjetische Wehrmacht allein nach europäischen Kriegsregeln gekämpft. Auch hinter der Front wird weiter gekämpft ... Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Armee und der Roten Führung. Es hält stärker als in Europa alle Schlüsselpunkte

⁵⁰⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang die Befehle des Kommandeurs der 207. Sicherungsdivision vom 22. 7. 1941 (BA-MA RH 22/271), des Befehlshabers im rückwärtigen Heeresgebiet Süd vom 29. 7. 1941 (RH 22/5), des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Süd vom 24. 9. 1941 (RH 19 I/73), des Kommandeurs der 27. Infanteriedivision vom 20. 11. 1941 (RH 26-24/77) sowie des Befehlshabers im rückwärtigen Heeresgebiet Süd vom 20. 3. 1942 (RH 22/24) und im Heeresgebiet Mitte vom 21. 3. 1942 (RH 22/230).

⁵¹⁾ 44. Division, Abt. Ia op Nr. 63/41. BA-MA RH 26—44/33.

⁵²⁾ 50. Inf.Div. Abt. Ic, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 15.-31. 8. 1941, Ziffer 3. BA-MA RH 26 — 50/85.

⁵³⁾ BA-MA RH 22/225.

⁵⁴⁾ IMT XXXV, S. 84—86.

der politischen Führung und Verwaltung, des Handels und Handwerks besetzt und bildet weiter die Zelle für alle Unruhen und Erhebungen. Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen.“⁵⁵⁾

Wie Reichenau forderte auch Manstein die ihm unterstellten Soldaten auf, Verständnis „für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors“, aufzubringen. Dies konnte von der Truppe nur als Rechtfertigung der Massenexekutionen der Einsatzgruppen C und D aufgefaßt werden. Zum Schluß seines Befehls appellierte Manstein an das traditionelle Soldatenethos und „gegen Willkür und Eigennutz“. Eine gerechte Behandlung der Bevölkerung wurde aber nur für die „nichtbolschewistischen“ und „russenfeindlichen“ Teile gefordert, insbesondere für die Tataren und Mohammedaner. Zur wirksamen Bekämpfung der „Partisanen“ stellte das AOK 11 Ende November 1941 einen besonderen Stab auf. Dieser führte — je nach Einschätzung der Lage — eigene oder mit der Einsatzgruppe gemeinsame Aktionen durch, wobei es auch vorkam, daß Heeresverbände der SS zur Verfügung gestellt wurden⁵⁶⁾.

Solche Befehle, in denen die Juden summarisch als partisanenverdächtig eingestuft wurden — und mit denen sich andere hohe Offiziere identifizierten⁵⁷⁾ —, hatten natürlich Konsequenzen. So erschöß die 62. Infanteriedivision nach einer „Säuberungsaktion“ bei Mirgorod im rückwärtigen Heeresgebiet Süd außer 45 Partisanen auch die gesamte „jüdische Bevölkerung in Mirgorod (168 Köpfe) wegen Verbindung mit Partisanen“⁵⁸⁾. Als „Sühne“ für die Erschießung eines Heeresangehörigen wurden von der Ersatz-Brigade 202 „als Repressalien 20 Juden aus den Dörfern Dobosjanka und Gornostajewka erschossen sowie 5 Judenhäuser in Brand gesteckt“⁵⁹⁾. Die 444. Si-

cherungsdivision meldete in ihrem vorläufigen Abschlußbericht über die „Banditenbekämpfung im Waldgebiet von Nowomoskowsk 305 Banditen, 6 Flintenweiber, 39 Kriegsgefangene, 136 Juden als erschossen“⁶⁰⁾. Die 97. leichte Infanteriedivision führte in Artemovsk am 12./13. November 1941 eine „Kommunisten-, Partisanen- und Judenrazzia“ durch. Die Verhafteten (12 Kommunisten, 6 Juden und 6 Frauen) wurden in ein *Konzentrationslager* gebracht. Ihre öffentlich angeordnete Erschießung sollte Attentate auf Wehrmacht Angehörige verhindern⁶¹⁾. Die Liste der Beispiele für die besonderen Praktiken bei der „Partisanenbekämpfung“ ließe sich un schwer verlängern.

Ein besonders schlagendes Beispiel der Selbstbestätigung und selffulfilling prophecy bei der Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ stellen die Berichte des „Kommandanten in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland“ und Kommandeurs der 707. Infanteriedivision dar. Sie sollen deshalb an dieser Stelle zitiert werden⁶²⁾:

„Bei den Juden wurde beobachtet, daß sie vielfach aus ihren Wohnsitzen auf dem flachen Lande abwandern, wahrscheinlich nach Süden, wodurch sie sich den gegen sie eingeleiteten Aktionen zu entziehen suchen. Da sie nach wie vor *mit den Kommunisten und Partisanen gemeinsame Sache machen*, wird die *restlose Ausmerzung dieses volksfremden Elements durchgeführt*.“ (Monatsbericht vom 1. 10.—10. 11. 1941.)

„Die gegen die Juden, als Träger der bolschewistischen Idee und Führer der Partisanenbewegung, eingeleiteten Maßnahmen sind von fühlbarem Erfolg. Die Zusammenziehung der Juden in Ghettos und die Liquidierung der Partisanentätigkeit und Volksverhetzung überführten Juden wird weiter fortgesetzt und damit die Befriedung des Landes am besten vorwärtsgetrieben. Im Berichtsmonat wurde die Verbindung der Juden mit der Partisanenbewegung durch die Streifenunternehmen mehrfach beobachtet und festgestellt.“ (Monatsbericht vom 1. 11.— 11. 1941.)

„Es hat sich gezeigt, daß die Zusammenfassung der Juden in Ghettos überall zum Wohle und zur Befriedung des Landes beiträgt. Die Beunruhigung der Bevölkerung durch Gerüchte und Hetze und die Unterstützung der Partisanen wurde dadurch stark eingedämmt. Es werden aber trotzdem wiederholt hier Meldungen

⁵⁵⁾ IMT XXXIV, S. 129—132, und Jehuda L. Wallach, Feldmarschall Erich von Manstein und die deutsche Judenausrottung in Deutschland, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, IV (Tel-Aviv 1975), S. 457—472.

⁵⁶⁾ Vgl. in diesem Zusammenhang den Befehl des OKH/GenStdH/GenQu/H.Wes.Abt. Nr. II/7215/41 vom 21. 10. 1941 (BA-MA RH 19 II/124), die Befehle des AOK 11 vom 14. und 29. 11. 1941 (Ebd. RH 20-11/341) und NOKW-3453.

⁵⁷⁾ Zum Beispiel General Kitzinger, Wehrmachtbefehlshaber im Reichskommissariat Ukraine, am 17. 10. 1941 (BA-MA RW 41/31).

⁵⁸⁾ BA-MA RH 22/3 (3. 11. 1941).

⁵⁹⁾ Ebd. (13. 11. 1941). Auch die 105. Honved Inf.Brigade erschöß am 22. 12. 1941 eine „90 köpfige Judenbande“, weil sie den Partisanen von Karjukowka Lebensmittel geliefert hätten. BA-MA RH 22/182, Auszug aus dem Operations-Tagebuch.

⁶⁰⁾ BA-MA RH 22/19.

⁶¹⁾ BA-MA 18 409/33 (Hervorhebung v. Verf.)

⁶²⁾ BA-MA WK VII/527 = RH 53 — / v. 206 = RH 26-707/v. 1 (Hervorhebung v. Verf.)

vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß Juden mit Partisanen gemeinsame Sache machen oder sogar in größerer Anzahl bewaffnet den Partisanenbanden angehören. Auch an Sabotageakten sind immer wieder Juden beteiligt." (Bericht vom 8. 1. 1942.)

„Über Juden und Polen ist dem in den vorausgegangenen Lageberichten Gesagten hinzuzufügen, daß sie dem Kommunismus und der Organisation des Partisanentums in jeder nur denkbaren Weise in die Hände arbeiten und Vorschub leisten. *Die Juden sind deshalb ohne jede Ausnahme mit dem Begriff Partisan identisch.* Eine Meldung besagt, daß ein Jude als Partisan aufgegriffen wurde, welcher als Propagandaredner eingesetzt war und der Bevölkerung einredete, daß Gomel, Mogilew und Kiew bereits von der Roten Armee zurückerobert seien und daß die Sowjets in ganz kurzer Zeit zurückkehren würden; dann würden selbstverständlich alle die gehängt, welche den Deutschen geholfen hätten." (Lagebericht vom 1.—15. 2. 1942.)

Dieser konstruierte Zusammenhang zwischen der Massentötung von Juden und der Bekämpfung von Partisanen darf uns keinesfalls veranlassen, die Ausrottung der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten als Teil des Partisanenkrieges zu rechtfertigen⁶³⁾. Die gewaltige Diskrepanz zwischen den Zahlen getöteter Juden und Partisanen/Kommunisten in den „Ereignismeldungen UdSSR" sowie die „verbrecherischen Befehle" der Wehrmachtführung und die Weisungen an die Einsatzgruppen belegen, daß der rassenideologische Vernichtungskrieg gegen den „jüdischen Bolschewismus" schon vor Kriegsbeginn als integraler Bestandteil des Ostfeldzuges angesehen wurde. Der Aufruf Stalins vom 3. Juli 1941 bot Hitler allerdings die Möglichkeit, diese beiden Seiten des Vernichtungskrieges dem

Zusammenfassung

Im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion vermengten sich militärische Kriegführung und politisch-polizeiliche Maßnahmen. Diese wurden zwar in der Hauptsache von der SS

⁶³⁾ Dies hebt auch Andreas Hillgruber in seinem neuesten Aufsatz zu diesem Thema hervor: Die ideologisch-dogmatische Grundlage der nationalsozialistischen Politik der Ausrottung der Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion und ihre Durchführung 1941—1944, in: German Studies Review 2 (Tempe [Az] 1979) S. 284 f. Er hat allerdings keine neuen Quellen erschlossen. Zu derselben Beurteilung kommt Matthew Cooper, The Phantom War. The German struggle against Soviet partisans 1941—1944, London 1979.

Ostheer gegenüber psychologisch einleuchtend zu rechtfertigen. Die Heeresführung erneuerte am 25. Juli 1941 unter der Devise der „unbedingten Sicherheit für den deutschen Soldaten" die rigorosen Befehle zur Behandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der sowjetischen Kriegsgefangenen und wies wieder einmal auf den „jüdisch-bolschewistischen" Charakter des Sowjetsystems hin⁶⁴⁾. Schon in Polen war das Heer mit äußerster Strenge gegen „Freischärler" vorgegangen, aber erst im Krieg gegen die Sowjetunion wurde die „Beseitigung jeden aktiven und passiven Widerstandes" ideologisch untermauert. Juden und Kommunisten wurden in der Regel von vornherein verdächtigt, Partisanen zu sein und deshalb erschossen. Auch versprengte sowjetische Soldaten wurden von einem gebietsweise unterschiedlich festgesetzten Zeitpunkt an als Freischärler angesehen und erschossen.

Die gewaltige Diskrepanz zwischen den Zahlen getöteter Freischärler und den eigenen Verlusten in den Berichten der eingesetzten Sicherungskräfte und der Geheimen Feldpolizei des Heeres macht den ideologischen Hintergrund unübersehbar. So wurden im Bereich des Wehrmachtkommandanten in Weißrußland innerhalb eines Monats von 10 940 Gefangenen 10 431 erschossen, an Verlusten erlitt die 707. Infanteriedivision bei Kampfhandlungen mit Partisanen aber nur zwei Tote und fünf Verwundete⁶⁵⁾! So meldete die Geheime Feldpolizei im rückwärtigen Heeresgebiet Süd als Ergebnis der Partisanenbekämpfung für die Monate Oktober bis Dezember 1941: 4 150 Personen (Freischärler, Saboteure, Fallschirmspringer) erschossen bei 7 Toten und 5 Verwundeten eigener Verluste⁶⁶⁾! Diese Praxis kam der Devise Hitlers vom 16. Juli 1941 zur Befriedung der Ostgebiete, jeden zu erschießen, „der nur schief schauet", sehr nahe.

durchgeführt, aber auch vom Heer. Pauschale Entlastungen des Heeres sind ebensowenig hilfreich für die Bewältigung dieses Kapitels der deutschen Geschichte wie pauschale Verurteilungen. Läßt sich wirklich eine Grenze ziehen zwischen der bewußten Abkehr vom

⁶⁴⁾ OKH/GenStdH/Gen z. b. V. beim ObdH/Az 453 Gr.RWes Nr. 1332/41 vom 25. 7. 1941, BA-MA RH 27 — 7/41.

⁶⁵⁾ Monatsbericht vom 11. 10. — 10. 11. 1941, BA-MA RH 26/707/v. 1.

⁶⁶⁾ Der Leitende Feldpolizeidirektor beim Bfh.rückw.H.Geb 103, TgbNr. 62/42 vom 15. 1. 1942. BA-Ma RH 22/19.

Kriegsvölkerrecht durch das Heer und dem organisierten Massenmord an den sowjetischen Juden durch die SS, wie Hillgruber gemeint hat⁶⁷⁾? Quantität ist keine moralische Kategorie. Im Gegensatz zu ihrer Haltung im Herbst 1939, das Heer aus der antipolnischen „Flurbereinigung“ herauszuhalten, gegen die geplante Ausrottungspolitik der SS aber nicht Front zu machen, war die Wehrmachtführung im Frühjahr 1941 bereit, den weltanschaulichen Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ mitzutragen und Hitlers Intentionen in Befehle umzusetzen. Als Erklärung für die Haltung der Generalität reicht ein verabsolutiertes Gehorsamsprinzip oder Mangel an Zivilcourage keineswegs aus. Ebenso vordergründig sind die zeitgenössischen Charakterisierungen: „Militärtechniker“ (H. v. Moltke) oder „hoffnungsvolle Feldweibel“ (U. v. Hassell).

Das Verhältnis von Heer und Hitler war auch von einer „Teilidentität der Ziele“ bestimmt⁶⁸⁾, aus der heraus eine Kooperation im Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion erwuchs. Die Auffassung Henning von Tresckows, „wenn Völkerrecht gebrochen wird, sollen es die Russen tun, nicht wir“, war eben nicht mehr Allgemeingut im Offizierkorps. Deshalb konnte Hitler in seiner Rede am 30. März 1941

auch offen wesentliche kriegsvölkerrechtliche Normen außer Kraft setzen, ohne daß ihm die Generalität geschlossen den Gehorsam aufkündigte. Der 30. März 1941 konnte gar nicht mehr die „Stunde der letzten Entscheidung“⁶⁹⁾ sein, weil schon 1938 die Voraussetzungen für ein von einem gesamtpolitischen Verantwortungsbewußtsein und Gruppenethos bestimmtes Aufbegehren gegen den „Führer“ nicht mehr gegeben waren⁷⁰⁾, geschweige denn Anfang 1941. Viele Offiziere nahmen Hitlers Anregung vom 30. März 1941 auf und betrachteten sich als Führer im Kampf gegen die antagonistische Weltanschauung. Auch Gegner des Nationalsozialismus wie Hoepner, Stülpnagel und Stauffenberg wußten diese Haltung durchaus mit einem militanten Antikommunismus zu verbinden. Ein großer Teil der Offiziere zog sich auf den Standpunkt des formalen Gehorsams zurück und hielt sich von Ausrottungspraktiken fern. Einige setzten sich für eine Änderung dieser Ziele und Methoden ein, weil sie dadurch den militärischen Sieg über die Sowjetunion gefährdet sahen. Solange aber Hitler den Kurs des Dritten Reiches bestimmte und das Offizierkorps gehorchte, war eine grundlegende Änderung der Kriegführung und der Behandlung der Sowjetbürger in und ohne Uniform nicht zu erreichen.

Es ist schwierig, mit der nüchternen Sprache des Historikers dem Ausmaß der moralischen Schuld und den Millionen Opfern gerecht zu werden.

⁶⁷⁾ Hillgruber, Die ideologisch-dogmatische Grundlage, S. 284.

⁶⁸⁾ So die Formel von Messerschmidt, Wehrmacht im NS-Staat. Vgl. auch ders., Politische Erziehung der Wehrmacht. Scheitern einer Strategie, in: Erziehung und Schulung im Dritten Reich, hrsg. von M. Heinemann, Teil 2, Stuttgart 1980, S. 261—284 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Ernährungswissenschaft, Bd. 4.2).

⁶⁹⁾ Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium, S. 149.

⁷⁰⁾ Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Armee, Politik und Gesellschaft in Deutschland 1933—1945, Paderborn, S. 94 ff.

Mehr Affektivität im Geschichtsunterricht?

Die Darstellung des Zweiten Weltkriegs in der trivialen und populärwissenschaftlichen Literatur und ihre Verwendung im Unterricht

I. Geschichte in der Öffentlichkeit

Die vielfältige Präsentation von Geschichte in der Öffentlichkeit deutet nach Ansicht mancher Beobachter darauf hin, „daß das historische Denken als Medium der Selbstverständigung unserer Gesellschaft öffentlich in höherem Maße Anerkennung gefunden hat als noch vor einigen Jahren“¹⁾. Um nur einige Beispiele zu nennen: Historische Ausstellungen haben beträchtlichen Zulauf, einerlei ob sie sich der deutschen Geschichte im engeren Sinne widmen (wie etwa die Stauer- oder die Wittelsbacher-Ausstellung) oder ob sie (wie z. B. die Tutanchamun- oder die Thraker-Ausstellung) entlegenere, ja teilweise „exotische Geschichten“ zum Gegenstand haben. Ausstellungsvorhaben werden selbst schon im Planungsstadium von großem öffentlichen Interesse begleitet²⁾.

Geschichte ist auch in Zeitungen, in Illustrierten, im Fernsehen und in der Werbung allgegenwärtig³⁾. Der Buchmarkt liefert seit

Jahren ein breites Spektrum historischer Sachbücher⁴⁾, die Belletristik hat soeben die Nachkriegsgeschichte entdeckt (z. B. Christine Brückner: Nirgendwo ist Poenichen, Frank Baer: Die Magermilchbande), während noch die Romanliteratur über die NS-Zeit kaum aus den Bestsellerlisten verschwunden ist⁵⁾ und Kinder- und Jugendbücher zum selben Thema beachtliche Auflagenziffern erreichen⁶⁾. In Straßen-, Kasernen-, Gebäudennamen, in Krieger- und sonstigen Denkmälern, in Ortsgeschichten, Vereinschroniken ist Ge-

¹⁾ Vgl. Bodo v. Borries, Könige, Ketzler und Sklaven. Historischer Roman und politische Sozialisation, in: Politische Didaktik Heft 3/1978, S. 16—41; ders., Alexander, Caesar & Co. Präsentation und Reflexion antiker Geschichte im modernen Roman, in: GWU 30 (1973), S. 479—499.

²⁾ Rolf Schörken, Geschichte im Alltag. Über einige Funktionen des trivialen Geschichtsbewußtseins, in: GWU 30 (1979), S. 73—88; zum Gesamtzusammenhang s. a. ders., Geschichte als Lebenswelt, in: Klaus Bergmann/Annette Kuhn/Jörn Rüsen/Gerhard Schneider (Hrsg.), Handbuch der Geschichtsdidaktik, Bd. 1, Düsseldorf 1980², S. 3—15. Thomas Berger/Christoph Steinbach, Der Nationalsozialismus im Roman. Zwei Beispiele: S. Lenz „Heimatmuseum“, R. Hochhut „Eine Liebe in Deutschland“ (Diskussionspapier für die Tagung der Konferenz für Geschichtsdidaktik in Berlin, Oktober 1979). Die Verarbeitung des Nationalsozialismus in Roman und Film untersucht auch die Schriftenreihe „Sammlung Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst“ 2 (1979), Röderberg-Verlag Frankfurt.

³⁾ Eine Zusammenstellung der einschlägigen Kinder- und Jugendbücher liegt bereits vor: Hans-Jochen Markmann, Jugendbücher — Bücher über den Nationalsozialismus — geeignet für Jugendliche, hrsg. vom Pädagogischen Zentrum Berlin, Berlin 1979 (zu beziehen durch PZ, Uhlandstraße 97, 1 Berlin 31; ferner: PÄKI, Jugendbücher zum Faschismus, in: J. Beck/H. Boehncke (Hrsg.), Jahrbuch für Lehrer 4, Reinbek 1979, S. 220—225; Bernd Weber, Aufklärung im Jugendbuch? Zur Darstellung des deutschen Faschismus in neuerer Jugendliteratur, in: Neue Sammlung 20 (1980), S. 22—44; Malte Dahrendorf, Der Nationalsozialismus in der Kinder- und Jugendliteratur, in: Jugendschriften Warte NF 32 (1980), Heft 1; Marieluise Christadler, Jugendbücher zwischen Nationalsozialismus und Neonazismus, in: Geschichtsdidaktik 5 (1980), S. 301—309. Allgemein: Harald Witthöft, Geschichte im Jugendbuch, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. 2, S. 86—89; Malte Dahrendorf, Kinder und Jugendliteratur im bürgerlichen Zeitalter. Beiträge zu ihrer Geschichte, Kritik und Didaktik, Königsstein/Ts. 1980.

¹⁾ Jörn Rüsen, Geschichte und Öffentlichkeit, in: Geschichtsdidaktik 3 (1978), S. 96.

²⁾ So z. B. die für 1981 in Berlin geplante Preußen-Ausstellung; s. hierzu die umfangreiche Dokumentation, die bereits 1979 vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin herausgegeben wurde und in der Pressenotizen, Zeitungskommentare, Rundfunksendungen, Stellungnahmen u.ä. zu dieser Ausstellung zusammengestellt sind: Preußen. Berlin 1981. Ausstellung und Preußenbild im Spiegel der Medien, Teil I, 1977—1979, Berlin o. J.; vgl. auch: Preußen — Versuch einer Bilanz. Was soll die Ausstellung 1981 in Berlin leisten, in: Journal für Geschichte 1 (1979), Heft 5, S. 48—52.

³⁾ Vgl. Wilhelm van Kampen/Hans Georg Kirchhoff (Hrsg.), Geschichte in der Öffentlichkeit, Stuttgart 1979 (Anmerkungen und Argumente, Bd. 23); Gerhard Schneider, Geschichte in der Werbung. Vortrag auf der Tagung „Geschichte in der Öffentlichkeit“, Osnabrück 1977 (als Ms. vervielfältigt); Ursula Schneider-Abel, Von der Klassik zum „Klassischen Herrenhemd“: Antike in der Werbung, in: Journal für Geschichte 1 (1979), Heft 3, S. 41—46. Allg. auch: Rolf-Joachim Sattler, Geschichte im Alltag. Die öffentliche Meinung und ihr Geschichtsbild, Hamburg o. J. (1959). Ferner: Hans-Jürgen Pandel, Medien für historisches Lernen, in: Lehrmittel aktuell 6 (1980), Heft 3, S. 23—27. — Lutz Niethammer weist in seinem Aufsatz „Anmerkungen zur Alltagsgeschichte“ (in: Geschichtsdidaktik 5, 1980, S. 231—243), gewissermaßen um allzu euphorische Hoffnungen zu bremsen, auf einige Schwierigkeiten und Probleme dieser Forschungsrichtung hin.

schichte im Alltag als kollektive Erinnerung faßbar⁷⁾. Geschichte erscheint in Parlamentsdebatten und in der politischen Alltagsauseinandersetzung als vielfach bemühtes „Argument“ zur Erläuterung aufgestellter Behauptungen, zur Illustration von Überzeugungen, zur Rechtfertigung gegenwärtigen Verhaltens oder auf Zukunft gerichteter Optionen und Entscheidungen⁸⁾.

In vielfältigen Formen und Ritualen ist die Vergangenheit als Tradition in der Gegenwart präsent. Die Pflege von Tradition in öffentlichen und privaten Festen, in Veranstaltungen ganz unterschiedlicher Art (Vertheidigung von Soldaten, Amtseinführungen, Schiffstauen u. ä.), neuerdings auch heftig betrieben von (Familien-)Betrieben und Konzernen⁹⁾, vermittelt Vergangenes zum Zwecke der „Identitäts-

⁷⁾ Vgl. hierzu Reinhart Koselleck, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo Marquard/Karlheinz Stierle (Hrsg.), Identität, München 1979, S. 255—276 (= Poetik und Hermeneutik, Bd. 8); Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 206 (1968), S. 529—585; Bärbel Hedinger u. a., Ein Kriegerdenkmal in Hamburg, Hamburg 1979; Hans-Ernst Mittag/Volker Plagemann (Hrsg.), Denkmäler im 19. Jahrhundert. Deutung und Kritik (Studien zur Kunst des 19. Jahrhunderts, Bd. 20), München 1972; Gerhard Schneider, Kriegerdenkmäler. Didaktisch-methodische Bemerkungen zum Unterricht im 9. bis 13. Schuljahr, in: Kunst und Unterricht Heft 58 (1979), S. 32—37; Gustav Schöck, Das Heimatbuch — Ortschronik und Integrationsmittel? Anmerkungen zum Geschichts- und Gesellschaftsbild in Heimatbüchern, in: Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg, Bd. 3, Stuttgart 1977, S. 87—94; Peter Assion, Historische Festzüge. Untersuchungen zur Vermittlung eines bürgerlichen Geschichtsbildes, in: ebd., S. 69—86. Vgl. ferner die Beiträge von Maria Zenner, Joachim Radkau und Volker Pfeifer in dem von W. van Kampen und H. G. Kirchoff herausgegebenen Band (Anm. 3), S. 55—132.

⁸⁾ Karl-Georg Faber, Zur Instrumentalisierung historischen Wissens in der politischen Diskussion, in: Reinhart Koselleck/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen (Hrsg.), Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft (Beiträge zur Historik, Bd. 1), München 1977, S. 270—314; W. Bach, Geschichte als politisches Argument, Stuttgart 1977; Lutz Niethammer, Zwischen Freiheit und Einheit — Über die Gegenwart deutscher Vergangenheit, in: Geschichtsdidaktik 5 (1980), S. 195—204. Vgl. auch die Diskussion, die durch die Gleichsetzung von Sozialismus und Nationalsozialismus seitens des CSU-Generalsekretärs Stoiber ausgelöst wurde: Hans Mommsen, Sozialismus und Nationalsozialismus — Anmerkungen zu einer verfehlten Debatte, in: Geschichtsdidaktik 5 (1980), S. 1—7; Eberhard Stammler, Unter dem Schatten Hitlers, in: Evangelische Kommentare 12 (1972), S. 612f; Reinhard Kühnl, Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? Analyse einer Geschichtsfälschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1979, S. 1303—1326.

⁹⁾ Vgl. etwa den Bericht von Beate Janietz über die Traditionspflege einiger Großunternehmen in der Bundesrepublik, in: Manager-Magazin Heft 6/1980, S. 91—97.

vermittlung, Legitimationsbeschaffung, Orientierungs- und Handlungsbefähigung¹⁰⁾.

Diese vielfältigen öffentlichen Erscheinungsformen von Geschichte im Alltag haben die Initiatoren des 33. Historikertags in Würzburg (Frühjahr 1980) offensichtlich dazu veranlaßt, der „Geschichte in den Medien“ eine eigene Sektion zu widmen. Das dort überrascht konstatierte „gesteigerte Interesse an Geschichte in der breiten Öffentlichkeit“ scheint sich allerdings noch nicht in der Weise ausgewirkt zu haben, daß jetzt endlich auch von seiten der Fachhistoriker der populären bzw. trivialen Geschichtsdarstellung die ihr aus politischen und didaktischen Gründen angemessene Beachtung zuteil würde. Nicht immer ist die am leichtesten zugängliche, weil durch Knopfdruck abrufbare Begegnung mit der Geschichte im Fernsehen und Rundfunk auch die am nachhaltigsten wirksame, und es darf angenommen werden, daß gerade die abseits öffentlicher Aufmerksamkeit seit Jahren von Teilen der Bevölkerung in großer Zahl konsumierte Heftchen-Literatur bedenkliche Formen von Geschichtsbewußtsein produziert. Dies ist insofern besonders bedeutsam, weil ein großer Teil dieser und vergleichbarer Literatur in Buchform die Zeit des Nationalsozialismus, vor allem aber den Zweiten Weltkrieg, behandelt und damit einem weitverbreiteten Bedürfnis nach affektiver Hinwendung zu dieser Epoche deutscher Geschichte nachkommt, das die in großer Zahl vorhandenen seriösen Abhandlungen über diese Epoche der deutschen Geschichte anscheinend nicht befriedigen können.

Empirische Erhebungen über das Interesse der Bevölkerung für diese Lesestoffe liegen bislang noch nicht vor. Auch wissen wir nur wenig Präzises über die Wirkung dieser „Geschichten“ auf die Ausbildung bzw. Veränderung von Geschichtsbewußtsein bei Jugendlichen und Erwachsenen^{10a)}. Eine neuere Beschreibung des Aufgabenfeldes der Geschichtsdidaktik läßt indes hoffen, daß diesen Defiziten hinsichtlich der Entstehung, Beschaffenheit und Wirkung von Geschichtsbewußtsein bald abgeholfen wird: „Die Geschichtsdidaktik ist diejenige wissenschaftliche Disziplin, die Lehr- und Lernprozesse, Bildungs- und Selbstbildungsprozesse von Indivi-

¹⁰⁾ Karl-Ernst Jeismann, Tradition, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. 1, S. 30.

^{10a)} Nach Abschluß des Manuskripts erschien: Bodo v. Borries, Alltägliches Geschichtsbewußtsein. Erkundungen durch Intensivinterviews und Versuch von Fallinterpretationen, in: Geschichtsdidaktik 5 (1980), S. 244—263. Vgl. ferner Rolf Schörken, Alltagsbewußtsein, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. 1, S. 23f.

duen, Gruppen und Gesellschaften an und durch Geschichte systematisch erforscht. Sie befaßt sich mit allen denkbaren Arten und Formen von Lehr- und Lernprozessen, Bildungs- und Selbstbildungsprozessen an allen denkbaren Arten von Geschichte. Abgekürzt kann man die Geschichtsdidaktik als eine Disziplin bezeichnen, die sich mit der Verarbeitung (Rezeption) von Geschichte beschäftigt. Die Rezeption von Geschichte und die dabei erfolgende Konstituierung von Geschichtsbeußtsein erfolgen in einem gesellschaftlichen Kontext schulisch und außerschulisch, intentional, nicht-intentional und von dritter Seite

intentional gesteuert. Rezipiert wird (a) die unmittelbar erfahrene geschehende Geschichte der Gegenwart, (b) die nicht unmittelbar erfahrene, sondern vor- und außerwissenschaftlich referierte geschehene Geschichte und (c) die Geschichtswissenschaft als eine Fachwissenschaft mit den ihr eigentümlichen Frageweisen, Absichten, Grundannahmen, Theorien, Methoden, Kategorien und Ergebnissen.“¹¹⁾

Zu einigen der hier genannten empirischen Aufgaben der Geschichtsdidaktik liegen erste (Vor-)Arbeiten vor; andere Forderungen sind zumindest fürs erste noch bloße Optionen auf die Zukunft.

II. Affektivität/Emotionalität im Geschichtsunterricht

Man darf davon ausgehen, daß jede Forderung nach Affektivität im Geschichtsunterricht zunächst ein Naserümpfen, vielleicht sogar Enttäuschung auslöst. Dies hat seinen guten Grund, verbindet man doch damit die Vorstellung, Geschichte solle ausschließlich auf dem Wege gefühlvoller Einstimmung und zum Zwecke irrationaler Vereinnahmung der Schüler vermittelt werden. Stets geht damit die Befürchtung einher, man könne über das Gefühl Kinder und Jugendliche besonders nachhaltig beeinflussen und prägen. Der „Erfolg“ des Geschichtsunterrichts im Kaiserreich bzw. während der Zeit der Nazi-Herrschaft kommt einem in den Sinn, wenn man die Gefahren einer stark auf Emotionen abhebenden Beschäftigung mit der Geschichte zu beweisen sucht. Auch der Heftchen- und Comic-Literatur schreibt man eine vergleichbare Wirkung zu.

Die Geschichtserzählung

Bestimmte unterrichtliche Vermittlungsformen scheinen erwiesenermaßen besonders gut geeignet zu sein, Schüler emotional anzusprechen. Da ist zunächst die vermeintlich kindertümliche, gemütvolle, phantasieanregende Geschichtserzählung, die in der Vergangenheit am nachhaltigsten dazu beigetragen hat, daß ein verordnetes Geschichtsbild sich in den Köpfen der Schüler dauerhaft festsetzte und — von der Obrigkeit intendiertes — zukünftiges Handeln der Untertanen prägte. Man hat nach dem Zweiten Weltkrieg — eingedenk des von den Schulen und hier nicht unwesentlich vom Geschichtsunterricht zu verantwortenden Beitrags zum Aufstieg und zur Etablierung des Nationalsozialismus — die Konzeption der Geschichtserzählungen dahin gehend abgeändert, daß man sie auf Quellen aufbaute („Geschichtserzählungen nach Quellen“) und Abstand nahm von der frei

gestalteten Lehrerzählung, die oft nur wenig mit der geschichtlichen Realität zu tun hatte¹²⁾. Die strenge Bindung der Geschichtserzählungen an Quellen sollte ein höheres Maß an Rationalität gewährleisten.

Ob diese, im Anschluß an Aloys Scheiblhuber vor allem von Hans Ebeling in den fünfziger Jahren angebahnte konzeptionelle Änderung der Geschichtserzählung zu grundsätzlich anderen Sozialisationsergebnissen führte, muß bezweifelt werden. Zwar sollten jetzt kulturgeschichtliche Inhalte im Geschichtsunterricht behandelt werden — eine Forderung, die sich im Alltagsunterricht kaum durchsetzte —, indem Geschichte dem Schüler aber personalisiert, kostümiert, dramatisiert, lokalisiert, detailliert und konkretisiert (so die Forderungen der Zeit!) vermittelt wurde, blieb der im wesentlichen an der Geschichte großer Persön-

¹¹⁾ Klaus Bergmann, Geschichte in der didaktischen Reflexion, in: Bergmann u.a. (Anm. 5), Bd. 1, S. 163f.

¹²⁾ Zur Geschichtserzählung zuletzt: Wolfgang Schlegel, Geschichtserzählung oder Geschichtsquelle, in: Gerhard Schneider (Hrsg.), Die Quelle im Geschichtsunterricht, Donauwörth 1975, S. 113—137; Michael Tocha, Die Tränen des Prinzen oder Versuch, die Geschichtserzählung auf die Füße zu stellen, in: GWU 27 (1976), S. 619—624; ders., Zur Theorie und Praxis narrativer Darstellungsformen mit besonderer Berücksichtigung der Geschichtserzählung, in: Geschichtsdidaktik 4 (1979), S. 209—222 (zu der sich daran anschließenden Kontroverse zwischen Michael Jung und Michael Tocha s. Geschichtsdidaktik 5 (1980), Heft 4); Gerhard Schneider, Geschichtserzählung, in: Bergmann u.a. (Anm. 5), Bd. 2, S. 83—85; ders., Die Geschichtserzählung als Mittel historisch-politischer Erziehung um die Jahrhundertwende, in: 32. Vollversammlung deutscher Historiker in Hamburg (Beiheft zu GWU), Stuttgart 1979, S. 93—95. — In methodischer Hinsicht noch immer am besten zur Geschichtserzählung: Wolfgang Marienfeld/Wilfried Osterwald, Die Geschichte im Unterricht, Düsseldorf 1966, S. 108ff.

lichkeiten und Ereignissen orientierte Geschichtsunterricht geprägt durch „übermächtige Subjekte, personalisierte Kollektiva, stereotype soziale Ordnungsschemata, anthropomorphe Bezugskategorien“¹³).

Schulfeiern

Eine weitere Möglichkeit, die Schüler emotional zu packen, stellten die in der Vergangenheit recht zahlreichen, in den Schulalltag regelmäßig eingebetteten Schulfeiern dar. War die Geschichtserzählung der oben skizzierten Art in erster Linie methodisches Instrument des Elementarschulwesens (und später der Volksschulen), so fanden Schulfeiern an allen Schulen statt. Als Reflex auf die Revolution von 1848 hatten die Stiehlschen Regulative von 1854 vorgesehen, den im Rahmen des Leseunterrichts erteilten „Geschichtsunterricht“ des niederen Schulwesens an sogenannte vaterländische Gedenktage anzubinden. Die auf „Mitteilungen aus der Vaterlandskunde“ beschränkte Beschäftigung mit der Geschichte sollte in der Weise erfolgen, „daß an vaterländischen Gedenktagen eine oder mehrere für den Leseunterricht bestimmte Stunden zu Erzählungen seitens der Lehrer und zum Hersagen und Singen patriotischer Lieder seitens der Kinder, also zu einem zugleich das Gemüt und den Willen der Schüler erfassenden Unterricht verwendet werden“¹⁴). Jede Beschäftigung mit der Geschichte sollte den Charakter einer erhebenden patriotischen Feierstunde haben.

Auch nachdem in Preußen durch die „Allgemeinen Bestimmungen“ von 1872 ein selbständiges Unterrichtsfach Geschichte an den Elementarschulen eingerichtet worden war, blieben patriotische Schulfeiern in Gebrauch. Über ihren Zweck heißt es in einem Standardwerk jener Zeit: „Zur Belebung des Sinnes für vaterländische Geschichte und einer echten Vaterlandsliebe sind bekanntlich in Preußen historische Gedenktage (zuerst von Jahn angeregt) für die Schulen angeordnet, deren Feier in besonderer Beschäftigung mit dem Gegenstande des Tages, im Singen patriotischer Lieder, in gemeinschaftlicher Fürbitte

für König und Vaterland usw. besteht.“¹⁵) Neben der Erinnerung an für Preußen siegreich verlaufene Schlachten des Siebenjährigen Krieges feierte man in den Schulen z. B. die Befreiungskriege, vornehmlich die Völkerschlacht bei Leipzig (1813), ferner den Sieg der vereinigten Heere gegen Napoleon bei Waterloo (1815), nach der Errichtung des Deutschen Reiches auch den siegreichen Ausgang der Schlacht von Sedan im Deutsch-Französischen Krieg von 1870.

Neben diesen meist an militärische Ereignisse erinnernden Gedenktagen¹⁶) wurden in den Schulen des Kaiserreichs ferner zusätzlich die Geburtstage des Kaisers bzw. des entsprechenden Landesherrn, gelegentlich auch deren Regierungsjubiläen — allerdings nicht in erster Linie im Geschichtsunterricht, sondern im Rahmen allgemeiner Schulfeiern —, festlich begangen. Die jährlichen Schulentlaßfeiern gerieten oft ebenso zu ideologisch motivierten Identifikationsveranstaltungen.

Auch die Weimarer Republik hatte ihre Schulfeiern und Schulfeste, darunter als Neuerung die Feier des Tags der Verfassung¹⁷). Hatte man in der Weimarer Republik versucht, durch Neubestimmung der Anlässe für Schulfeiern dem demokratisch-republikanischen Charakter des Staats Rechnung zu tragen — im übrigen nicht selten gegen den Widerstand von Teilen der Lehrerschaft —, so lassen die Anlässe, Zielsetzungen und das Zeremoniell der Schulfeiern im Hitler-Deutschland starke Anklänge an vergleichbare Staats- und Parteiveranstaltungen erkennen. Gemeinsam ist beiden die Absicht gewesen, Schüler wie Er-

¹³) Stockmayer, in: Encyclopädie des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens, hrsg. v. K. A. Schmid, Bd. 2, Gotha 1878², S. 995.

¹⁴) Es gab auch nichtmilitärische Anlässe: Am 18. 11. 1895 wird für den 18. Januar 1896 die „Feier des 25jährigen Gedenktages der Proklamierung des Deutschen Reiches in allen höheren, mittleren und niedrigen Schulen des Landes“ angeordnet, die darin bestehen soll, daß „1. an allen bezeichneten Schulen der Unterricht ausfällt; 2. an den höheren Schulen für die männliche und weibliche Jugend, an den Seminaren und Präparandenanstalten in den einzelnen Klassen durch die Ordinarien in geeigneten Ansprachen die Bedeutung des Tages den Schülern in einfacher, zu Herzen dringender Weise vorgeführt und daran 3. eine gemeinsame aus Gesang und Deklamation bestehende patriotische Schulfeier für alle Schüler angeschlossen wird; 4. an den Mittel- und Volksschulen und an den Anstalten für nicht ganz vollsinnige Kinder seitens der Vorsteher oder Lehrer in analoger Weise Veranstaltungen getroffen werden“ (Centralblatt für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen Jg. 1895, S. 803).

¹⁷) Vgl. zusammenfassend: B. Bergmann, Schulfeste und Schulferien, in: Lexikon der Pädagogik der Gegenwart, hrsg. vom Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik, 2. Bd., Freiburg 1932, Sp. 832—834.

¹³) Ludwig von Friedeburg/Peter Hübner, Das Geschichtsbild der Jugend, München 1970², S. 11.

¹⁴) Regulativ vom 3. Oktober 1854 betreffend die Elementarschulen, zit. nach Ludwig von Röhne, Das Unterrichtswesen des Preussischen Staates, Bd. 1, Berlin 1855, S. 925. — Vgl. auch Ferdinand Stiehl, Der vaterländische Geschichtsunterricht in unsern Elementarschulen, Koblenz 1842², S. 30f.: „Zunächst müssen wir einen großen Teil des vaterländischen Geschichtsstoffes nach einem nationalen Kalender gruppieren.“

wachsene mit Hilfe von Feierlichkeiten auf den Staat einzuschwören. „Alle Feiern der Schule im Jahresablauf werden von den großen nationalen Feiern des Volkes bestimmt. Das gewährleistet ihren gesinnungsbildenden und -bindenden Wert; denn durch die feierliche Handlung erstreben sie gemeinsames Einfügen in die Weltanschauung und Wesensart unseres Volkes und sind zugleich gemeinsames Bekenntnis zu Volk und Führer.“¹⁸⁾

Im gegenwärtigen Schulbetrieb spielen Schulfeiern eine unbedeutende Rolle. Zwar wurde in den fünfziger und sechziger Jahren die Erinnerung an den 17. Juni 1953, an die deutschen Ostgebiete und an den Mauerbau in Berlin auch in Schulen wachgehalten¹⁹⁾, doch mit der Umorientierung der bundesrepublikanischen Deutschland-Politik seit den Zeiten der Großen Koalition und der etwa gleichzeitig einsetzenden Diskussion um eine Reform des Geschichtsunterrichts verschwanden diese von oben verordneten, von den Schülern vielfach kaum mehr verstandenen noch mitgetragenen Gedenkfeiern aus den Schulen. Andere mögliche Anlässe für Gedenktage, wie etwa der 8. Mai zur Erinnerung an die Überwindung des Hitler-Faschismus, der 7. September 1949 zum Gedenken an die Gründung der Bundesrepublik (Konstituierung des Ersten Bundestags) bzw. der 8. Mai 1949 als Verfassungstag (der Parlamentarische Rat billigt das Grundgesetz), waren entweder nicht konsensfähig oder ließen sich aus anderen Gründen nicht durchsetzen.

Wenn überhaupt ein Gedenktag der letzten Jahre die Schüler emotional packte, so war dies die von politischer und Verbandsseite, aber auch vom Engagement vieler Lehrer und Schüler getragene Erinnerung an den 9. November 1938. Mehrere Umstände trafen zusammen und bewirkten, daß einzelne Schulen oder Klassen bis weit in die Öffentlichkeit hineinwirkende Aktionen unterschiedlicher Art initiierten. Vom bloßen Gedenken an die sog. „Reichskristallnacht“ im Unterricht, um den jeweiligen Erlassen der Kultusminister Genüge

¹⁸⁾ Kurt Higelke (Hrsg.), *Neubau der Volksschularbeit. Plan, Stoff und Gestaltung nach den neuen Richtlinien des Reichserziehungsministeriums*, Leipzig 1941², S. 75. Vgl. auch Ferdinand Denzel, *Die völkische Schulfeyer*, in: *Die Scholle* 14 (1937/38), Heft 12, S. 745—773.

¹⁹⁾ Vgl. hierzu die unterrichtspraktischen Schriften: *Gedenkstunde zum 17. Juni in Unterklassen*, in: *Welt der Schule* 18 (1965), S. 261—265; Manfred Bönsch, *Kennen wir die alte Heimat noch? Ein erarbeitetes Lehrspiel*, in: ebd., S. 259—261; Konrad Schön, *Zur Behandlung staatlicher Feiertage im Volksschulunterricht*, in: *Lehren und Lernen* 1 (1964), S. 749—489; A. Köpke, *Wir gedenken der deutschen Ostgebiete*, in: *Neue Wege zur Unterrichtsgestaltung* 9 (1958), S. 206—210.

zu tun, bis hin zu Vortragsreihen, Ausstellungen, Aktionen und Antifaschistische Wochen reichten die oft von Lehrern, Schülern, Gewerkschaften, konfessionellen und politischen Gruppen sowie von Verfolgtenverbänden gemeinsam getragenen Veranstaltungen²⁰⁾. Der den früher an Schulen praktizierten Gedenkfeiern vielfach anhaftende antiquarische Charakter schied hier angesichts der zunehmenden neonazistischen Aktivitäten in der Öffentlichkeit von vornherein aus. Die Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen und um die politische Vergangenheit einiger bundesrepublikanischer Politiker, die zwar in den Jahren davor nie ganz verstummt war, im „Fall Filbinger“ erstmals aber bundesweite und anhaltende Publizität erlangte, sowie gelegentliche antisemitische Aktionen, wie z. B. die Verwüstung jüdischer Friedhöfe, oder das Auftauchen von Judenwitzen an Schulen sensibilisierten Schule und Öffentlichkeit gleichermaßen und verlangten aus politischen und moralischen Gründen eine Auseinandersetzung mit diesen Vorfällen.

Es zeigte sich, daß bestimmte Anlässe hervorragend geeignet sind, Schüler zur aktiven Auseinandersetzung mit der Geschichte anzuregen. Daß diese Auseinandersetzung sehr stark emotionale Züge trug, wird kein Beteiligter (im wahrsten Sinne des Wortes) als Nachteil empfunden haben. Auch den Formen der unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Be-

²⁰⁾ Einige Literaturangaben: Jörg Berlin u. a., *Judenverfolgung — „Reichskristallnacht“*, hrsg. von der GEW Landesverband Hamburg (Unterrichtsmaterialien 3), Hamburg 1979⁴; *Die „Reichskristallnacht“ vor 40 Jahren. Gestaltungsvorschläge und Materialien*, hrsg. v. Niedersächsischen Kultusministerium Nr. 7/78; *Material zur Darstellung des Antisemitismus im Unterricht*, hrsg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1978 (78 S., ferner Anlagen); *Vor 40 Jahren: Das Reichskristallnacht-Pogrom*, Evangelischer Pressedienst Nr. 44/78 (136 S.); *Das Pogrom vom November 1938 — „Reichskristallnacht“*, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn o. J.; Lisabeth Broich/Rudolf Tschirbs, *Eine Ruhrgebietsstadt in der NS-Zeit — Lehren aus der Vergangenheit? Bericht über ein Schulprojekt „Antifaschistische Woche“ am Goethe-Gymnasium Bochum*, in: *Geschichtsdidaktik* 5 (1980), S. 183—194; *Die Reichskristallnacht. Eine Arbeitshilfe für Unterricht und Gemeindegemeinschaft*, hrsg. v. Evangelischen Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau, Frankfurt o. J. (1978; 80 S.); D. Joachim/B. Keller/V. Ullrich, *Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung“? Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht“ und Holocaust*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1979, S. 314—332. Vgl. auch: Karl Johé/Thomas Lange, *Historische Heimatkunde. Über eine lokalgeschichtliche Ausstellung zur Weimarer Republik im Projektunterricht an der gymnasialen Oberstufe*, in: J. Beck/H. Boehncke (Hrsg.), *Jahrbuch für Lehrer* 4, Reinbek 1979, S. 172—190.

schäftigung mit Geschichte kommt wesentliche Bedeutung zu, wenn es darum geht, historische Erkenntnisse zu vermitteln und Einsichten anzubahnen. Die aus Anlaß des „Reichskristallnacht“-Jahrestages erfolgende Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ermöglichte Schüleraktivitäten in vielfältiger Form, knüpfte meist an lokale Vorgänge an, holte die Vergangenheit gewissermaßen ins Klassenzimmer, indem Augenzeugen berichteten, ließ den Schülern Raum zu forschendem und entdeckendem Lernen und ließ sie in den unterschiedlichen Projekten zumindest phasenweise den Fortgang des Unterrichts mitbestimmen und die Materialbasis gelegentlich selbständig aufspüren und aufarbeiten. Hier wurde ein emotionaler Zugang zur Geschichte gefunden, der abseits aller Phrasen und ohne falsches Pathos, dazu in Einklang mit vertretbaren Zielen des Geschichtsunterrichts zu Einsichten verhalf, deren Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft der Schüler angesichts nicht zu verharmlosender neonazistischer Tendenzen bei einigen Jugendlichen²¹⁾ unbestritten sein dürfte.

Die Erfahrungen mit der Erinnerung an die „Reichskristallnacht“ dokumentieren mögliche Wege des emotionalen Zugangs zur Geschichte. Es zeigt sich dabei, daß weder die Geschichtserzählung noch die Schulfeiern an sich schon diskreditierte und unbrauchbare Zugangsmöglichkeiten zur Geschichte darstellen, auch wenn ihre Instrumentalisierung im Geschichtsunterricht der Vergangenheit eine solche Annahme scheinbar nahelegt. Es muß vielmehr gefragt werden, ob die distanzierte, auf Unterdrückung der bei Schülern spontan aufsteigenden Gefühle abzielende Beschäftigung mit Geschichte im Unterricht nicht dafür verantwortlich ist, daß der Geschichtsunterricht den Schülern langweilig, ja lästig wird, während doch das geschichtliche Interesse jener Kinder, die Geschichte als institutionelle Veranstaltung in Schulen noch nicht erfahren haben nach allem, was wir wissen, beträchtlich ist.

Die neuere Geschichtsdidaktik hat sich im Zuge der Diskussion um Identität bzw. um mögliche Formen der Identifikation im Geschichtsunterricht des hier anstehenden Themas genähert²²⁾; sie empfiehlt etwa die Identifikation mit denjenigen Gruppen und Personen, die „die Folgen von getroffenen oder die sozialen Kosten von unterlassenen Entschei-

dungen“ (Wehler) zu tragen hatten; sie hat die Namenlosen, die Vergessenen der Geschichte neu entdeckt. Dieser wie auch der mit ihm verwandte lebensgeschichtliche Ansatz²³⁾ eröffnet zwar für den Geschichtsunterricht neue Inhaltsperspektiven, indem bislang unterschlagene Themen, Personen und Gegenstände in den Vordergrund rücken. Solange aber eine Konkretion dieser Ansätze in Form von modellhaften Unterrichtsentwürfen noch aussteht, muß offen bleiben, inwieweit es sich hier um mehr als nur alternative Zugänge zur Geschichte handelt. Noch immer — so hat es den Anschein — läuft jeder Schüler, der im Geschichtsunterricht spontan Gefühle äußert, der Abscheu, Schrecken, Bewunderung und Verehrung kundtut, Gefahr, daß seine Gefühlsäußerungen negativ sanktioniert werden.

Zwar enthalten die neueren Geschichtslehrbücher allesamt zahlreiche Dokumente, Bilder und sonstige Materialien, welche die Schüler zur Selbsttätigkeit auffordern und ihnen — wie im Falle des in dieser Hinsicht konsequentesten Lehrbuches „Fragen an die Geschichte“ — auf dem Wege des entdeckenden Lernens selbsterarbeitete Einsichten ermöglichen. Fast jeder Schulbuchverlag ist überdies bemüht, in gesonderten Quellenbänden ergänzendes Material für den Unterricht bereitzustellen. Doch meist beziehen sich diese Sammlungen auf die „große Politik“, auf rechts- und verfassungsgeschichtliche Probleme, viel seltener auf kulturgeschichtliche Sachverhalte, noch seltener auf Zeugnisse, in denen die Auswirkungen der „großen Politik“ im Erleben der Namenlosen deutlich werden. „Die reale Welt, wo gehaßt und geliebt, gesägt und gezimmert, phantasiert und geschwindelt wird“²⁴⁾, eröffnet sich dem Schüler in diesen Sammlungen kaum.

Naheliegende Gründe machen dieses Defizit erklärbar: Zum einen gibt es dergleichen Zeugnisse — vor allem für die ältere Zeit — nur in ganz begrenztem Umfange^{24a)}; zum anderen haben sie im allgemeinen stark indivi-

²³⁾ Vgl. hierzu etwa Ursula A. J. Becher, *Zeitgeschichte und Lebensgeschichte. Überlegungen zu einer Theorie der Zeitgeschichte*, in: *Geschichtsdidaktik* 4 (1979), S. 314—332.

²⁴⁾ Theodor Mommsen, zit. nach Karl Müller, *Tradition und Revolution. Sinndeutung gymnasialer Bildung von Wilhelm von Humboldt bis zur Gegenwart*, Frankfurt 1973, S. 121 f.

^{24a)} Vgl. hierzu jetzt die Bemerkungen von Niethammer, *Anmerkungen* (Anm. 3), S. 242, Anm. 45: *Der Alltag von Unterschichten sei „zugleich der meistuntersuchte und am schlechtesten überlieferte ... die Überreste ihrer Lebensbedingungen sind nur zum geringsten Teil Objektivationen einer Eigenkultur, und die Quellen für ihr Denken und Verhalten entstammen meist der Feder von Außenstehenden, wenn nicht Gegnern“.*

²¹⁾ Vgl. hierzu Anneliese Mannzmann (Hrsg.), *Hilferwelle und historische Fakten* (Historie heute, Bd. 1), Königstein/Ts. 1979.

²²⁾ Zusammenfassend: Klaus Bergmann, *Identität*, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. 1, S. 46—53, v. a. S. 50 f.

dualistische bzw. lokale Züge, so daß sie für die meist auf Verallgemeinerung und Zusammenschau angelegten Ziele des Geschichtsunterrichts nicht unmittelbar nutzbar gemacht werden können. Die wenigen greifbaren lokalgeschichtlichen Quellen- und Materialsammlungen für den Unterrichtsgebrauch zeugen von der Scheu der am Absatz interessierten Verleger, hier den Bedürfnissen der Schulen entgegenzukommen²⁵⁾. Auch haben es Verlage in neuerer Zeit nicht gewagt, Sammlungen von Geschichtserzählungen herauszubringen, obwohl doch diese, sofern sie auf Quellen basieren und in sich kontrovers angelegt sind, möglicherweise am besten jenem genannten Defizit abhelfen könnten, weil sie die Möglichkeit böten, auch ganz verstreute Quelleninformationen miteinander zu verbinden. Die Diskussion um Funktion und Gestalt zukünftiger Geschichtserzählungen hat zwar noch keine konsensfähigen Ergebnisse erbracht (s. o. Anm. 12), dennoch ist es an der Zeit, die von der geschichtsdidaktischen Literatur ins Abseits gerückte Geschichtserzählung wieder als ein alternatives Unterrichtsmittel zu begreifen. Dies sollte auch deshalb geschehen, weil zumindest die Geschichtslehrer der Sekundarstufe I dem von manchen Geschichtsdidaktikern verordneten Verzicht auf die Geschichtserzählung keine Folge geleistet haben. Gerade weil von ihnen die Geschichtserzählung alten Stils noch immer als alleiniges Unterrichtsmittel angesehen wird, muß es sich die gegenwärtige Geschichtsdidaktik zur Aufgabe machen, hierzu eine Alternative zu entwickeln, die den Bedenken gegenüber der alten Geschichtserzählung Rechnung trägt. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen: Die rational begründete „Draufschau“ auf Geschichtsabläufe und Zustände, die abwägende Auseinandersetzung mit Dokumenten und Materialien, die heuristische Verwendung von Quellen im Geschichtsunterricht, die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit, die Problematisierung der Wirkung von Geschichte, die auf begründbares, verantwortungsbewußtes Handeln in der Zukunft abzielende Beschäftigung mit der Vergangenheit auf dem Hintergrund gegenwärtiger und zukünftiger Notwendigkeiten stellen wichtige und berechtigte Ziele des aktuellen Geschichtsunterrichts dar. Sie können und sollen zur Orientierung der Schüler in der Gegenwart beitragen, ihre politische

und kommunikative Kompetenz begründen bzw. entwickeln. Die Frage bleibt nur, ob dies mit den gegenwärtig favorisierten Verfahrensweisen im Geschichtsunterricht *allein* erfolgreich und nachhaltig bewerkstelligt werden kann.

„Vergangenheitsbedürfnisse“ von Jugendlichen

Horst Rumpf, der vor einiger Zeit den „Vergangenheitsbedürfnissen“ von Schülern nachgegangen ist²⁶⁾, hat in einem 1979 erschienenen Aufsatz untersucht, inwieweit Geschichtslehrbuchtexte den affektiven Bedürfnissen der Schüler entgegenkommen: „Wenn ich mir die affektive Bedeutung der distanzierten Sprache, der Globalperspektive, der die Brisanz abkühlenden didaktischen Arbeitsaufgaben vergewärtigen möchte, frage ich mich, wieviel davon auf Kosten der Abwehr von Angst davor geht, den absurden Schrecken beispielsweise der Materialschlachten des Ersten Weltkriegs — nicht weniger aber der Menschenabstecherei des Bauernkriegs, um von Näherliegendem zu schweigen — an sich herankommen, in sich entstehen zu lassen.“²⁷⁾ Rumpf stellt fest, daß die Lehrbücher nicht dazu angetan sind, den Vergangenheitsbedürfnissen der Schüler zu entsprechen und vertritt die These, „daß das Vergangene tot und fern bleiben muß, wenn man die affektiv-triebhaften Beziehungsfiguren mit Argwohn als bloße Störer und Verzerrer betrachtet“²⁸⁾. Dabei geht es ihm weder um „eine chauvinistische noch eine reformpädagogisch angedrehte Verlebendigung des Vergangenen“²⁹⁾. Ihm geht es vielmehr darum, die Bedürfnisse der Schüler nach „Größe, Allmacht, Triumph, Unschlagbarkeit, nach Höherspannung der Gefühle, nach extremen Situationen“ ernst zu nehmen³⁰⁾ und ihnen im Unterricht entsprechendes Vergangenheitsmaterial zu bieten, um sie in ihrer Suche nach Befriedigung dieser Bedürfnisse nicht dem obskuren Angebot der Heftchen-Literatur auszuliefern.

Was veranlaßt Jugendliche, sich gerade der in den Heftchen vorgestellten Vergangenheit zuzuwenden? Neben manch anderen Gründen ist *eine* Ursache für diesen selektiven Konsum von „Geschichte“ in der aktuellen gesellschaft-

²⁵⁾ Z. B.: Albert Lenhart (Hrsg.), Quellentexte aus der pfälzischen Geschichte 1789—1914, Kaiserslautern 1975; Günter Cordes, Krieg, Revolution, Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden Württemberg. Eine Dokumentation, hrsg. v. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Ulm 1978; Franz X. Vollmer, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden, Frankfurt/Berlin/München 1979.

²⁶⁾ Horst Rumpf, Vergangenheitsbedürfnisse. Ein Versuch, auf Subjektivität aufmerksam zu werden, in: Neue Sammlung 17 (1977), S. 302—317.

²⁷⁾ Horst Rumpf, Sprache und Affekt im Lehrbuch. Über Geschichtsphantasien und Geschichtsbücher, in: Geschichtsdidaktik 4 (1979), S. 127.

²⁸⁾ Ebd., S. 123.

²⁹⁾ Ebd., S. 127.

³⁰⁾ Ebd., S. 120.

lichen Situation zu sehen. Sie erscheint Jugendlichen in zunehmenden Maße unsicher, perspektivlos, ohne Dynamik und frustrierend. Im Alltag empfindet der Jugendliche Ohnmacht angesichts drückender gesellschaftlicher Probleme und wachsender Unsicherheit seiner individuellen Lebensperspektive. Ein Gefühl von Inkompetenz, Ratlosigkeit und Apathie stellt sich bei ihm ein, weil er keinen Erklärungszusammenhang für die weltweiten Gegenwarts- und Zukunftsfragen finden kann. Daraus kann einerseits politische Apathie folgen, die sich in Status-quo-Denken bzw. in Anpassung an vermeintliche Sachzwänge äußert. Andererseits lenkt dies bei nicht wenigen Jugendlichen den Blick auf eine vermeintlich bessere Vergangenheit. Diese Hinwendung zu einer Vergangenheit, in der es — etwa im Krieg — auf jeden einzelnen ankam, in der man als Individuum noch etwas ausrichten zu können glaubte, kommt einer Flucht aus einer mit Problemen überfüllten Gegenwart gleich.

Mit den dargestellten Helden der Geschichte(n) können Erfolge erzielt, Bewährungsproben bestanden und selbst Niederlagen noch als Siege erlebt werden. In den Schlachtengemälden der Landser-Heftchen, in der Schilderung der Frontkameradschaft erfährt der jugendliche Leser jenes Wir-Gefühl, das ihm die gegenwärtigen Verhältnisse offensichtlich nicht zu vermitteln imstande sind. In dem Maße, in dem das Orientierungswissen und die Bereitschaft fehlen, sich mit schwierigen gesellschaftlichen Zuständen rational auseinanderzusetzen, verstärkt sich die Ansprechbarkeit durch Affekte, die Anfälligkeit für Propaganda, die Verführbarkeit auch durch bedenkliche Geschichtsliteratur.

Soll das subjektiv ganz unterschiedlich motivierte Interesse der Schüler an der Vergangenheit unterrichtliche Konsequenzen haben, dann dürfen jene Inhalte, die — wie etwa Kriege und Waffensysteme — eine besondere Anziehungskraft auf Schüler haben, nicht aus dem Unterricht verbannt werden. Kriegsgeschichte sollte nicht nur abgehoben rational verhandelt werden und auf die Untersuchung von Ursachen, Anlässe und Folgen der Kriege reduziert bleiben. Der einzelne Mensch im Krieg — ob an der Front oder in der Heimat, ob als Befehlender oder Befehlsausführender, ob als Kriegsgefangener, Deserteur, Widerständler, sich fatalistisch in sein Geschick Fügender, ob Drückeberger oder Kriegsbegeisterter — soll dem Schüler im Unterricht begegnen. Die daraus resultierende Motivation kann dann zu einer mehr rational bestimmten Beschäftigung mit dem Gegenstand verhelfen.

Es ließe sich denken, daß der Lehrer ein entsprechendes Unterrichtsvorhaben mit der Lektüre von Landser-Heften oder ähnlichen Produkten beginnt bzw. geeignete Passagen daraus auswählt. Dreierlei wird hiermit angestrebt: Zum einen soll die Tabuisierung derartiger Literatur, die bekanntlich nicht unbedeutend zu ihrer besonderen Attraktivität beiträgt, aufgehoben werden. Zum anderen wird erreicht, daß sich die Schüler über die Gefühle klar werden, die sich bei ihnen mit der Lektüre einstellen. Und schließlich ist denkbar, daß die Schüler in der dann einsetzenden Beschäftigung mit dem Medium und dem Unterrichtsgegenstand mehr über sich selbst und ihre Bedürfnisse in Erfahrung bringen. Denn es ist nicht ein wie immer geartetes Bedürfnis nach Information oder Kenntnisszuwachs, was Schüler etwa zu Landser-Heften oder auch nach Comics greifen läßt³¹⁾.

„Geschichte inszenieren“

Neben diesem Verfahren, das über ganz bestimmte Inhalte die Affekte der Schüler anzusprechen versucht, gibt es weitere unterrichtliche Möglichkeiten, dem Bedürfnis der Schüler nach Erlebnis einerseits und emotionaler Hinwendung andererseits Rechnung zu tragen. „Geschichte inszenieren“³²⁾ stellt einen in einigen Museen offensichtlich mit Erfolg praktizierten Versuch dar, der Phantasie der Schüler ein geeignetes Betätigungsfeld für Informationserwerb und für spielerische Aneignung geschichtlicher Sachverhalte zu verschaffen. Geschichte als vergangene Wirklichkeit wird vergegenständlicht und von den Schülern im Spiel auch emotional erfahrbar.

Schülerwettbewerbe

Die Ergebnisse der bisher durchgeführten Schülerwettbewerbe zur Deutschen Ge-

³¹⁾ Vgl. ebd., S. 122.

³²⁾ Hans Mayrhofer/Wolfgang Zacharias, Aneignung vergangener Wirklichkeit: Historisches Lernen und ästhetische Aktivität, in: Annette Kuhn/Gerhard Schneider (Hrsg.), Geschichte lernen im Museum, Düsseldorf 1978, S. 158—200; Pädagogische Aktion München, Kinder spielen Geschichte. Historisches Lernen im Stadtteil und im Museum, 2 Bd., Nürnberg 1977; Ingo Schneller, Erfahrungsorientierter Unterricht, hrsg. v. Zentrum für pädagogische Berufspraxis, Universität Oldenburg, o. O. 1980, S. 215—275. Die Diskussion um die Ausstellung „Anno Kindermal“ im Historischen Museum der Stadt Frankfurt zeigt aber die ganze Problematik dieses Verfahrens; s. hierzu ausführlich meinen demnächst in der Zeitschrift „Schule und Museum“ erscheinenden Aufsatz „Geschichtsunterricht und Museum. Geschichtsdidaktische Bemerkungen zur Ausstellung „Anno Kindermal“.

schichte um den Preis des Bundespräsidenten, der vom verstorbenen Bundespräsidenten Gustav Heinemann angeregt worden war, lassen erkennen, daß das hier praktizierte forschende bzw. entdeckende Lernen sehr gut geeignet ist, die Spontaneität der Schüler wie ihre Vergangenheitsbedürfnisse sich ausleben zu lassen³³⁾. Die Schülerwettbewerbsarbeiten zeigen auch, daß der lokalgeschichtliche Bezug diesen Bedürfnissen auf geeignete Weise entgegenkommt.

Lokalgeschichte

Joachim Radkau hat gezeigt, wie ergiebig der lokal- bzw. regionalgeschichtliche Zugang selbst in unteren Klassen sein kann³⁴⁾:

— Abkehr von den Haupt- und Staatsaktionen,

— Hinwendung zur Historie des „kleinen Mannes“,

— die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der lokalen Ebene wird zur Lebensgeschichte vertrauter Menschen,

— der Krieg verliert jeglichen heroischen Anstrich; er wird zu dem, was er für die Mehrheit der Bevölkerung immer war: bedrückende, bedrohliche, zermürbende Alltagswirklichkeit,

— Verfahren des entdeckenden Lernens ermöglichen es den Schülern, Geschichte selbstständig zu rekonstruieren,

— in diesem Prozeß erfahren Schüler die Geschichte als Teil ihrer Lebenswelt.

³³⁾ Einige Wettbewerbsarbeiten, die auf unterrichtliche Beschäftigung mit dem Gegenstand basierten, liegen gedruckt vor: Walter Fürnohr/Peter Stumpf, Ein Unterrichtsprojekt mit entdeckendem Lernen in der Hauptschule: Die Revolution 1848/49 in Nürnberg, in: GWU 27 (1976), S. 409—419; Hans-Jürgen Gundlach, Geschichte und Zeitgeschichte im Dorf, Projektarbeit im Geschichtsunterricht, in: Geschichtsdidaktik 4 (1979), S. 351—368 (zum Wettbewerbsthema „Technik und Arbeitswelt im Wandel“). Zum entdeckenden Lernen s. jetzt Karl Filser, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. 2, S. 56—59.

³⁴⁾ Joachim Radkau, Erfahrungen aus Unterrichtsprojekten „Kriegsalltag am Heimatort 1939—1945“; lokalhistorische Ansätze zu einer elementaren Friedenszerziehung in Unterklassen (4.—7. Schuljahr), in: GWU 29 (1978), S. 807—832, v. a. S. 823f. — Hingewiesen sei auch auf ein gelungenes Experiment des Landesjugendrings in Hamburg mit „alternativen Stadtrundfahrten zu den Stätten des Hamburger Widerstandes“; s. hierzu: Holger Butt, Aus der Praxis: Alternative Stadtrundfahrten — Vermittlung der Geschichte des Nazi-Terrors, in: Deutsche Jugend 9 (1979), S. 394f. Vgl. ferner Johannes Beck/Heiner Boehncke (Hrsg.), Jahrbuch für Lehrer 4, Reinbek 1979, S. 197—210 (zu Marburg), S. 211—220/zu Hamburg-St. Georg).

Zeitzeugen

Im übrigen sollte man — wo immer sich die Gelegenheit hierzu bietet — betroffene und beteiligte Zeitgenossen im Geschichtsunterricht zu Wort kommen lassen. Auch wenn die Gefahr besteht, daß der Lehrer in Schwierigkeiten gerät, wenn es ihm notwendig erscheint, die Darstellung und das Urteil des „Zeugen“ zu kommentieren oder zu korrigieren, so kann doch die Wirkung der unmittelbaren Zeugenschaft auf die Schüler kaum überschätzt werden. Die Möglichkeit, einmal einen „Betroffenen“ im Unterricht befragen zu können — einen KZ-Insassen, einen Rüstungsarbeiter, einen einfachen Soldaten, einen Mitläufer, einen (damals) überzeugten Nazi usw. —, vermittelt Kenntnisse und Einsichten auf dem Weg des Erlebnisses, des Emotional-Angesprochenseins. Weder schriftliche noch bildliche noch akustische Quellen werden dieser Wirkung gleichkommen.

Da sich diese unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Betätigungen nicht nur auf kognitive Leistungen wie Verständnis, inhaltliches Behalten, also auf „Lernen“ im weitesten Sinne, beschränken, sondern auch emotionale Erfahrungen beabsichtigen, dürften die dem Lehrer vertrauten Unlustäußerungen der Schüler über die Arbeit an (schriftlichen) Quellen gar nicht erst auftreten. Und in dem Maße, wie die Emotionalität der Schüler angesprochen wird, entfaltet sich auch ihre intellektuelle Betätigung.

Vergleichbare Zugänge zur Geschichte lassen sich auch außerhalb der Schule organisieren: Durch Interviews von Zeitgenossen können sich Schüler ihre Quellen selbst beschaffen und auf dieser Basis etwa die lokalen Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Vergangenheit rekonstruieren. Im Fortgang ihrer Beschäftigung mit dem jeweiligen Gegenstand gewinnen die Schüler möglicherweise auch Einblicke in das individuelle Erleben und seine nachträgliche Verarbeitung. Auf diese Weise wird versucht, „die materiellen Bedingungen und subjektiven Verarbeitungsformen derer zu dokumentieren, die sozioökonomische Ansätze leicht zu statistischen Größen oder Rollenträgern erniedrigen, während sie in der politischen Geschichte zur Bewegung oder zum Adressaten von Sozialpolitik anonymisiert werden und in der Geschichte der Hochkultur vollends durch das heuristische Netz, das auf Größe angelegt ist, fallen“^{34a)}.

^{34a)} Niethammer, Anmerkungen (Anm. 3), S. 236, vgl. auch S. 239f. — Die im Röderberg-Verlag Frankfurt erscheinende „Bibliothek des Widerstandes“ enthält zahlreiche Lebensberichte von Zeitgenossen.

Schließlich sei noch einmal an die Wirkung des Holocaust-Films vom Januar 1979 erinnert. Auch wenn die Schule dem Thema Nationalsozialismus bzw. Judenverfolgung schon seit Jahren besondere Beachtung geschenkt hat und nach Durchsicht der Lehrpläne, Lehrbücher und unterrichtspraktischen Schriften kaum davon gesprochen werden kann, diese Themen seien im Unterricht zu kurz gekommen — eine dem Film vergleichbare Wirkung hat dieser Unterricht jedoch nie erzielt. Worauf ist dieser vom Film ausgelöste unerwartete Motivationsschub zurückzuführen?

Man wird annehmen dürfen, daß die Art, wie in „Holocaust“ Geschichte erzählt wird, wie die im Film auftretenden Menschen in ihrem Innenleben faßbar werden, ja, ihr Innenleben preisgeben, den Zuschauer in die Lage versetzt, sich mit den handelnden Personen zu identifizieren. Die wochenlang anhaltende öffentliche Reaktion auf den Film zeigt auch, daß sich dieses Medienereignis nicht in einer spontanen, augenblicklichen Gefühlswallung

erschöpfte. „Holocaust“ brachte „die Zuschauer erst zum Mitleiden und dann zum Reden und Fragen“³⁵).

Auch weniger dramatische Filme zum Thema Judenverfolgung können bei den Schülern durchaus vergleichbare Reaktionen hervorrufen. Der so einfühlsame Film „Hier fliegen keine Schmetterlinge“ etwa, der gänzlich ohne Spielhandlung auskommt und nur (teilweise recht unbeholfene) Zeichnungen von Kindern im Konzentrationslager Theresienstadt zeigt, die mit Gedichten von Jugendlichen unterlegt sind, versetzt die Schüler in die Lage, die Sehnsüchte der im Konzentrationslager eingepferchten Kinder, ihr Bedürfnis nach Schutz und Geborgenheit zu erfahren. Er löst Betroffenheit, ja Ergriffenheit aus, weil er dem Betrachter die Gefühlswelt der Kinder im KZ offenbart³⁶). Dieser Film ist ein Beispiel dafür, daß auch weniger handlungsreiche und farbenprächige Begegnungen mit der Geschichte Affektivität ermöglichen und einen geeigneten Ausgangspunkt für stärker kognitive Auseinandersetzung mit der Geschichte abgeben können.

III. Der Zweite Weltkrieg in der trivialen und populärwissenschaftlichen Literatur

Die genannten Möglichkeiten eines affektiven Zugangs zur Geschichte stehen den Jugendlichen nicht ohne weiteres offen. In den meisten Fällen muß der Lehrer hierzu den Anstoß geben oder die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Demgegenüber gibt es eine Fülle trivialer und populärwissenschaftlicher Heftchen und Magazine, die den Schülern und Jugendlichen leicht zugänglich sind und ihre im Unterricht meist vernachlässigten affektiven Vergangenheitsbedürfnisse befriedigen können. Einige dieser Produkte sollen im folgenden analysiert werden.

Während zu den Landser-Heften, der Zeitschrift „Das Dritte Reich“ und zu „Geschichte — Historisches Magazin“ erste Untersuchungen vorliegen³⁷), wurden die inhaltliche Auswertung, Rezeption in der Öffentlichkeit und Wirkung anderer Verlagsprodukte dieses Genres bislang stark vernachlässigt. Hierzu zählen neben dem seit Jahren erfolgreichen Magazin „DAMALS“ vor allem solche Objekte, die auf spezielle Leserbedürfnisse hin konzipiert wurden, wie z.B. die Reihe „Das Waffen-Arsenal“, laut neuestem Verlagsprospekt (September 1979) „die einzige kriegsgeschichtliche Serie über Waffen des Zweiten Weltkrieges“.

„Das Waffen-Arsenal“

In dieser Reihe wurden in bisher mehr als 60 Heften die Waffensysteme (meist deutscher

³⁵) Wilhelm van Kampen, Holocaust — eine Herausforderung für die Geschichtsdidaktik?, in: Geschichtsdidaktik 4 (1979), S. 115. Tilman Ernst, Holocaust und politische Bildung — längerfristige Wirkungen. Ausgewählte Ergebnisse einer repräsentativen empirischen Untersuchung, in: Tribüne, Heft 74, 1980, S. 44—56.

³⁶) Zu diesem und mehreren anderen Filmen aus und über die NS-Zeit liegt jetzt neues Unterrichtsbegleitmaterial vor, das Wolfgang Marienfeld, Hans-Dieter Schmid, Wilhelm Sommer und Gerhard Schneider im Auftrag der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet haben (Hannover 1980). Vgl. ferner Yizhak Ahren und Christoph B. Melchers, Geschichte, Film und Unterricht. Über Aufarbeitung der NS-Diktatur, in: Tribüne, Heft 74, 1980, S. 57—78.

³⁷) Vgl. Gerhard Schneider, Geschichte durch die Hintertür. Triviale und populärwissenschaftliche Literatur über den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/1979, S. 3—29 (mit weiteren Literaturangaben). Zur älteren Heftchen-Literatur (auch zu Kriegsheften) s. den informativen Report von Heinz J. Galle, Groschenhefte im Wandel der Zeit, in: Sammler-Journal 8 (1980), Nr. 1, S. 20—24 und Nr. 2, S. 106—111.

Provenienz) vorgestellt: Panzer, Flugzeuge, Geschütze und sonstige Fahrzeuge; da Schiffe und U-Boote bislang fehlen, ist ein Ende dieser Serie noch nicht zu erwarten. Unter weitgehendem Verzicht auf Textbeiträge — meist beschränken sich diese auf kurze Bemerkungen zur Konstruktionsgeschichte — werden technische Details, Einsatzmöglichkeiten und Veränderungen/Verbesserungen der Waffen beschrieben und durch Planzeichnungen illustriert. Der überwiegende Teil der Hefte besteht aus Bildern, die das Gerät im Einsatz zeigen. Die Aufmachung der Hefte (Querformat 28 cm × 21 cm; Schnittzeichnungen, Tabellen, technische Daten) entspricht dem vertrauten Bild eines modernen Autoprospektes. Das Medienprodukt profitiert so von gängigen Lesegewohnheiten der Käufer und wird so seinem eigentlichen historischen Kontext entzogen. An keiner Stelle finden sich Hinweise auf die damals herrschenden Produktionsverhältnisse und -bedingungen, auf Zusammenhänge zwischen Krieg und Rüstung, Zwangsarbeit und Fremdarbeiter. Der reichhaltige Bildteil ist vielmehr dazu angetan, beim Leser bzw. beim ehemaligen Soldaten durchaus angenehme Erinnerungen zu wecken.

Für „anspruchsvollere“ Leser, d.h. in diesem Falle wohl für Bürger mit dickerem Geldbeutel, hält der gleiche Verlag (Podzun-Pallas-Verlag, Friedberg) eine beträchtliche Anzahl umfangreicher Bände parat, die

— sich wichtigen Kriegsetappen und Schlachtenorten widmen (z.B.: „Moskau — Rshew — Orel — Minsk — Bildbericht der Heeresgruppe Mitte 1941—1944“; „Krim — Stalingrad — Kaukasus — Die Heeresgruppe Süd 1941—1945“);

— die Geschichte einzelner Verbände nachzuzeichnen versuchen (z.B.: „Die 78. Sturmdivision“; Die 2., 6., 7., 16. Panzerdivision [je ein Band]; Die Heeresgruppe Nord, ... Mitte, ... Süd [je ein Band]);

— die Bewaffnung einzelner Truppenteile beschreiben („Deutsche Kampfpanzer und Kampffahrzeuge 1939—1945, Tarnanstriche — Bewaffnung“; „Die Nebelwerfer. Entwicklung und Einsatz der Werfertruppe im Zweiten Weltkrieg“);

— auf Erlebnissen von Kriegsteilnehmern beruhen (z.B.: Wilhelm Johnen: „Duell unter den Sternen. Tatsachenbericht eines deutschen Nachtjägers 1941—1945“ — Der Verlag hierzu: „Ein Nachtjäger schrieb hautnah über seine Erlebnisse“).

Der sogenannten „hautnahen Berichterstattung“ über den Zweiten Weltkrieg haben sich auch andere Verlage verschrieben. Der Stutt-

garter Motorbuch-Verlag hält — neben zahlreichen Publikationen zur Auto-, Zweirad-, Luftfahrt- und Eisenbahntechnik — auch ein breites Angebot an Kriegsbüchern bereit. Der Krieg als Abenteuer, als männliches Kräftemessen und als Bewährungsprobe, als Kampffeld von Waffensystemen springt einem bereits auf den mehrfarbig und aggressiv aufgetupzten Umschlägen der Bücher entgegen. In Büchern wie „Holt Hartmann vom Himmel“, „Das waren die deutschen Stuka-Asse 1939—1945“, „Zweikampf am Himmel“, „Prien gegen Scapa Flow“, „Radikaler Luftkampf“, „Deutsche Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg“, „Die ‚Tirpitz‘ muß unter Wasser“, „Start im Morgengrauen — Eine Chronik vom Untergang der deutschen Jagdwaffe im Westen 1944/45“ und „Mit Rommel in die Wüste — Kampf und Untergang des Deutschen Afrika-Korps 1941 bis 1943“ wird zwar gelegentlich betont, eine Verherrlichung des Krieges sei nicht beabsichtigt, vielmehr wolle man die Geschichte der kämpfenden Kriegsgeneration nachzeichnen und dabei allen Seiten gerecht werden („Dokumentation heißt Wahrheitsfindung“ — „In einer Dokumentation kann keine Kritik angestellt werden“)³⁸⁾.

In Wahrheit ist vom Kampfgeist der Helden die Rede, von ihrer Opferbereitschaft, Hingabe, von menschlichen Tugenden wie Mut und Pflicht, Gehorsam, Ritterlichkeit und Idealismus. „In ihrer Gesamttenenz aber tragen die Bücher bei zum legendären Ruhm der Deutschen Wehrmacht, zur Heroisierung soldatischer Vorbilder und zum Zerrbild vom Krieg als naturwüchsigem Zwang.“³⁹⁾ Die namenlosen Leidenden des Krieges, die Schrecken des Krieges sind nicht Gegenstand dieser Bücher; die Fragen, ob und wie der Krieg hätte vermieden werden können, warum und wann möglicherweise Widerstand gegen weitere Kriegshandlungen sittlich und moralisch gefordert gewesen wäre bzw. aus welchen Gründen Widerstand individuell, kollektiv oder institutionell nicht möglich, ja überwiegend nicht denkbar war — all diese Fragen werden in diesen Büchern weitgehend ausgeblendet.

Im Hinblick auf jugendliche Leser kommt einem Problem besondere Bedeutung zu: Die Lektüre dieser Bücher läßt den Krieg als sportlichen Wettkampf erscheinen, als Arena, in der tagtäglich Höchstleistungen gefordert und erbracht werden. So wie vor jedem Boxkampf der persönliche Rekord des Kämpfers Erwäh-

³⁸⁾ Zit. nach Gisela Ullrich, Ubles Lied vom Tod. „Dokumentation“ als rechte Propaganda, in: DIE ZEIT Nr. 7 v. 8. Februar 1980, S. 25 (auch zum folgenden).

³⁹⁾ Ebd.

nung findet, so erscheinen in diesen Büchern die Abschüsse und Versenkungen als Voraussetzungen für Verleihung von Orden und Auszeichnungen. Wettkampf wird vorgetäuscht, wo Vernichtung und Tod herrschen.

Durch Anknüpfung an positive Alltagserfahrungen (= sportlicher Wettkampf) verliert der Schüler den eigentlichen Kriegskontext aus den Augen. „Menschliche Tugenden mögen nach Ort, Situation, Zeit und Zeitgeist verschieden erscheinen. Aber Mut bleibt Mut und Idealismus ändert sich nicht durch Veränderung einer Staatsform.“⁴⁰⁾ Mut und Idealismus also als absolute Werte! — Man ist angesichts dieser Fülle von Publikationen (andere Verlage haben ähnliche Titel in ihrem Programm) veranlaßt anzunehmen, daß das Geschäft mit dem Krieg seinen Kulminationspunkt noch längst nicht erreicht hat.

„Landser“-Hefte⁴¹⁾

Landser-Hefte erheben zu Unrecht den Anspruch, authentische Dokumente zum Zweiten Weltkrieg zu sein. In den Landser-Hefchen wird das Kriegsgeschehen in meist sehr eng umgrenzte Handlungseinheiten zerstückelt. Zusammenhänge zwischen individuellem Erleben und militärischen Zielsetzungen auf oberster Ebene bzw. politisch-militärischen Entscheidungen der Reichsführung bleiben weitgehend ausgeblendet. Fragen nach Kriegsursachen, Kriegsursachen und Kriegsverursachern werden genauso wenig thematisiert wie Fragen nach den Grundlagen des Nationalsozialismus, seiner sozialen Basis, der Funktionsweise seiner Herrschaftsmaschinerie usw. Der Krieg wird als Gegebenheit hingenommen. Militär und Politiker stehen einander scheinbar beziehungslos gegenüber. Der Krieg erscheint als die große Bewährungsprobe. Heldenmut, Durchhaltevermögen auch in ausweglosen Situationen, Befehlsgehorsam, der bis zum Kadavergehorsam reichen kann, sind absolute Werte schlechthin.

Das vorgebliche Hauptanliegen der Landser-Hefte, die Darstellung der ungeschminkten Kriegsrealität mit dem Ziel, zur Desillusionierung des Krieges beizutragen, erweist sich als Schutzbehauptung — möglicherweise um drohenden Indizierungen der Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften vorzubeugen. De-

⁴⁰⁾ Arno Rose, Radikaler Luftkampf, zit. nach Ullrich (Anm. 38), S. 25.

⁴¹⁾ Die nachfolgenden Bemerkungen zu „Landser-Heften“, „Geschichte — Historisches Magazin“ und zu „Das III. Reich“ stellen eine thesenartige Zusammenfassung meines in Anm. 37 genannten Aufsatzes dar.

klamatorisch heißt es zur Untermauerung dieses Anliegen in einem neueren Landser-Heft: „Die Massenfriedhöfe des Zweiten Weltkrieges sind eine Mahnung, die in jedem LANDSER ihren Niederschlag findet“ (Nr. 1112, S. 17).

Die Realität des Krieges erscheint häufig abgehoben von den beteiligten Menschen und — der irdischen Sphäre entrückt — als bloße Auseinandersetzung der Waffensysteme bzw. außerweltlicher Instanzen. Manche Passagen der Landser-Hefte lassen den Krieg als Idylle erscheinen, zudem als eine Zeit, in der „allerhand los war“ und in fremden Ländern mancherlei erlebt werden konnte (Krieg als Tourismusunternehmen?).

Landser-Hefte tragen nicht selten dazu bei, gängige Vorurteile gegen andere Völker bzw. Feindbilder zu verstärken.

Landser-Hefte ermöglichen eine Flucht aus der Gegenwart. Die Begegnung des Lesers mit einer fiktiven Welt der Vergangenheit, in der Zwänge bestanden, die vom Leser als noch weit schwieriger und beklemmender als die tagtäglichen selbsterlebten begriffen werden, kann entlastende Funktion haben.

Nachstehend drei Beispiele für die Darstellung der Kriegsrealität in Landser-Heften:

„Es war bisher bei dem einzelnen Gewehr-schuß geblieben. Kasacks Leute hatten Befehl, erst dann zu schießen, wenn der Russe bis auf 80 Meter heran war. Die übrigen Gruppen konnten in Ermangelung von Schußfeld erst in den Kampf eingreifen, wenn die Sowjets dicht vor der Rollbahn standen.

Es dauerte nicht lange, da rückten die Russen wieder stur und aufrecht dem Dorf entgegen. Kasack spähte nach dem hünenhaften Bur-schen, der nur 20 Meter vor den anderen marschierte. Jetzt hatte er ihn erneut im Fadenkreuz. Noch zehn Schritte, noch vier Schritte, dann drückte Kasack ab. Der Schuß peitschte, die unheimlich herrschende Stille jäh unterbrechend. Der Russe riß die Arme hoch, stürzte in den Schnee und blieb regungslos liegen.“

(aus: Der Landser Nr. 1112, S. 18)

„Der direkte Beschuß des Geschützes endete abrupt. Jetzt mußte die sowjetische Infanterie kommen. Im Schutz des Feuerüberfalls hatten sich die Rotarmisten bis dicht an den Schneesaun jenseits der Rollbahn vorgearbei-tet. Kasack sah einen Russen, der eben im Begriff war, über den Zaun zu klettern. Blitz-schnell steckte er den Lauf seiner MPi durch die Zweige des Schneesauns und drückte ab. Die Garbe ratterte schrill. Der Russe hing leb-

los in dem Gewirr von Ästen und Zweigen. Das sMG schoß Dauerfeuer in die angreifenden Sowjets. Die Rollbahn war bis zum Dorf hin in wenigen Minuten mit zahlreichen Toten bedeckt. Der Gegner schaffte es wieder nicht!

In der nun folgenden Kampfpause gruppierten die Russen um. Lange Minuten verstrichen. Kasack hörte deutlich, wie einer der Sowjets, der ihr Anführer zu sein schien, ihnen Befehle zurief. Aber sie gehorchten nicht mehr. Der Politruk fluchte laut. Als Kasack sich etwas aufrichtete, um über den Schneesaum zu spähen, sah er ihn schußbereit mit der MPI aufrecht stehen. Er schrie den Rotarmisten, die im Schnee in Deckung lagen, etwas zu. Schließlich erhoben sich zögernd, unter dem Zwang der drohend auf sie gerichteten Waffen, einige Gestalten und rannten gehetzt auf die Rollbahn zu. Da riß Bayer das MG hoch. Die Garbe traf den Politruk und zwei der vordersten Rotarmisten. Die übrigen suchten verzweifelt Deckung, um dem sicheren Tod zu entgehen."

(aus: Ebd., S. 22)

"Wüßtun!" (Vorsicht!) rief einer der Russen. Der Warnung ihres Kameraden folgend, versuchten die anderen sich zu Boden zu werfen, um Deckung zu nehmen vor einer Gefahr, die irgendwo vor ihnen lauerte. Doch Kasack hatte schon den Zeigefinger durchgekrümmt. Schrill rasselte die MPI.

Als er den Finger vom Abzug nahm, lagen vor ihnen sieben reglose schwarze Bündel im Schnee; niedergestreckt von zwei Dutzend Geschossen, welche die Maschinenwaffe in rasender Geschwindigkeit aus dem Lauf gespielen hatte. Sieben russische Mütter würden weinen, sieben russische Frauen vergeblich auf den Mann oder Sohn warten, und viele russische Kinder nach dem Vater fragen ...

Für Sekunden herrschte eine bedrückende Stille. Nur der Ostwind sang sein eisiges Lied und wirbelte unentwegt die Eiskristalle durch die Winternacht, bedeckte mit einem weißen Leichentuch die sieben Toten zwischen den Katen des Dorfes."

(aus: Ebd., S. 40)

"Geschichte — Historisches Magazin"

Auch nach Durchsicht der Hefte des Jahrgangs 1979 bestätigt sich meine frühere Behauptung, daß der Krieg ein zentrales Thema dieses Magazins darstellt, obwohl es programmatisch die Gesamtgeschichte zum Gegenstand hat. Hierfür einige Beispiele:

Nr. 26/1979: "Tokio wollte Hitler und Stalin versöhnen"

"Informationen über die Verteidigungsvorkerungen der Deutschen in der Normandie" (S. 39/40)

Nr. 27/1979: Karl Ludwig Opitz: Der Untergang der „Bismarck“ (S. 38—45)

Nr. 28/1979: Karl Ludwig Opitz: Reichsmarschall Hermann Göring (S. 12—19)

Nr. 29/1979: Lutz Koch: Rommels Tod (S. 4—12)

Nr. 30/1979: Rolf Steinberg: Unternehmen „Bodenplatte“ (S. 30—33)

Eine Gesamtanalyse des Nationalsozialismus unterbleibt genauso wie der Versuch, auf der Basis von Einzelartikeln allmählich ein differenziertes Bild des Nationalsozialismus, seinen Grundlagen, Erscheinungsformen und Wirkungen entstehen zu lassen. Indem sich dieses Magazin in erster Linie den (militärischen und politischen) Führungspersönlichkeiten zuwendet, wird die *allgemeine Vorstellung vom monolithen Führerstaat fortgeschrieben*, derzufolge alles „von oben“ befohlen wurde und daher auch „von oben“ zu verantworten sei.

Das vorgebliche Anliegen dieses Magazins, „die Stimme der Vergangenheit hörbar und die Zusammenhänge sichtbar zu machen“ (Nr. 1/1974, S. 5), wird nicht verwirklicht: *Große Persönlichkeiten und große militärische Aktionen* stehen im Zentrum der Berichterstattung über den Nationalsozialismus; andere Personengruppen, Betroffene, Mitläufer und Apologeten, Geldgeber und Propagandisten, Gegner und Widerstandskämpfer, tauchen kaum auf. Es fehlen bislang auch Beiträge zum NS-Unterdrückungsapparat und zum Themenkomplex „Nationalsozialistischer Alltag“.

"Das III. Reich"

Das vorgebliche Ziel der Zeitschrift, „verständlich werden (zu lassen), warum auch heute noch der Ruf nach Adolf in Taxis und Kneipen laut wird, wenn es um Verbrechen, Langhaarige und Ölscheichs geht“ (Nr. 1/1974, S. 3), wurde in den folgenden Heften nicht zu realisieren versucht. Gerade die Problematik „Neonazismus“ und „Hitlerwelle“ wurde in den 52 Heften der Zeitschrift nicht wieder aufgenommen. Es darf vielmehr angenommen werden, daß „Das III. Reich“ auf der *Hitlerwelle* mitschwimmend (oder deren Aufkommen mitbegünstigend) potentiell neonazistischen Leserbedürfnissen entgegenkam.

Der im Titel implizierte *Anspruch*, eine Gesamtsicht des „III. Reiches“ bzw. des Nationalsozialismus zu liefern, wird *nicht eingelöst*. Ursachen des Faschismus, seine Grundlagen und sein Aufstieg an die Macht werden in erster Linie psychologisierend-personalisierend erklärt. Neuere Ergebnisse der Faschismusforschung werden nicht aufgegriffen. Die Finanzierung des Nationalsozialismus erscheint — stark individualisiert — fast als ein exotischer Vorgang ohne grundsätzliche Bedeutung.

Die Person Hitlers und der Krieg sind die beherrschenden Themen dieser Zeitschrift. Der innere Zusammenhang der in chronologischer Abfolge dargebotenen Einzelereignisse wird nicht hergestellt.

Nicht immer hat man den Eindruck, daß die Ankündigung des Editorials, man werde alle Fragen „ohne Rücksicht auf Tabus, ohne jede Scheu vor ‚links‘ und ‚rechts‘“ beantworten (Nr. 1, S. 3), auch wirklich eingehalten würde. Man versucht, unterschiedlichen Leserbedürfnissen dadurch entgegenzukommen, daß Sachverhalte gewissermaßen mit doppeltem Boden dargeboten werden und damit einer subjektiven Ausdeutung zugänglich sind (*kalkuliertes Mißverständnis, gezielte Zweideutigkeit*).

„DAMALS — Zeitschrift für historisches Wissen“

DAMALS erscheint im 11. Jahrgang und erfreut sich, wohl auch wegen des günstigen Preises, steigender Beliebtheit (30 000 Abonnenten Ende 1979; s. DAMALS 10/1979, Vorwort). Die monatlich erscheinenden Hefte enthalten neben meist sechs längeren, reich illustrierten Beiträgen zu Themen aus allen Epochen der Geschichte mehrere regelmäßig eingerückte Rubriken („Ubiquandus fragt“; Buchbesprechungen; Leserbriefe; „Briefmarken lehren Geschichte“; historisches Silbenrätsel), die den Magazincharakter der Zeitschrift unterstreichen sollen. Die Autoren rekrutieren sich zum großen Teil aus dem offensichtlich unerschöpflichen Reservoir der (meist älteren) Amateurhistoriker; daneben zeichnen für einzelne Beiträge auch Fachleute verantwortlich. Einige DAMALS-Autoren schreiben auch in anderen Magazinen.

Ein Verlagsprospekt aus dem Jahr 1975 umschreibt das Programm und die Zielsetzung des Magazins so: „In DAMALS finden Sie die interessantesten Geschichten aus der Geschichte. Sie erfahren, wie es wirklich war. Damit bietet DAMALS ausgesprochen gute Unterhaltung, bringt manches in die Erinnerung zurück und schärft den Blick für Vorgänge unserer Zeit ... Im Laufe der Zeit lernen die DA-

MALS-Leser viele historische Ereignisse deutlicher sehen und ihre Zusammenhänge besser erkennen. Aus Einzelereignissen entwickelt sich das Mosaikbild der Weltgeschichte ... Im Laufe der Zeit erschließt sich dem DAMALS-Leser in der Geschichte eine wichtige Dimension unseres Weltbildes. Er gewinnt durch sie die Voraussetzungen, auch die Ereignisse unserer Zeit, die sein und seiner Kinder Leben bestimmen, besser zu beurteilen. Im privaten wie im öffentlichen Bereich gewinnt seine Stimme so an Gewicht ... Ohne Entspannung wird es schwer, im Alltag seinen Mann (oder seine Frau) zu stehen. Aber dafür gibt es ... auch die Freizeit-Lesestunde für Anspruchsvolle mit DAMALS. Die Welt der Geschichte offenbart sich dann voll Dramatik. Sie macht uns mit genialen, hochherzigen Menschen wie mit hemmungslosen, verbrecherischen Taten bekannt: Bewundernswerte materielle und kulturelle Aufbauleistungen auf der einen Seite, oft fragwürdiges ‚großes Geschehen‘, das gnadenlos über Einzelpersonen, Gruppen und ganze Völker hinwegschreitet, auf der anderen. Im Glanz und Elend der Geschichte sind alle menschlichen Verhaltensweisen vorgegeben.“

Schließlich will DAMALS „Orientierungshilfen für die Gegenwart und Zukunft“ liefern und jenem Kurs gegensteuern, den die „Flaggschiffe der öffentlichen Meinung wie DER SPIEGEL und STERN“ einschlugen, indem sie „die deutsche Geschichte weitgehend ihrer wichtigen freiheitlichen Komponenten entkleidet“ haben. DAMALS sieht daher seine Aufgabe darin, „gesichertes wichtiges oder besonders charakteristisches Geschichtsgut möglichst objektiv und allgemeinverständlich darzustellen. Dem Leser soll die Bildung eines kohärenten pragmatischen Geschichtsbildes nach eigener Urteilmöglichkeit ermöglicht werden ... Besonders der jüngeren Generation will und kann DAMALS unwiderlegliche Argumente gegen totalitäre Systeme vermitteln ... Die deutsche Geschichte, eingebettet in die Entwicklung des Abendlandes, darf weder das erdrückende Böse, aber auch nicht die großen positiven Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart verschweigen: sie muß Warnung und Ansporn zugleich sein. Nur eine solche historisch begründete politische Auffassung kann dazu beitragen, daß der freie Teil des deutschen Volkes trotz hoher politischer Gefährdungen auch in Zukunft auf der Seite der Freiheit stehen wird“ (Dr. Hans Rempfer, Herausgeber von DAMALS, anlässlich des 10jährigen Bestehens dieser Zeitschrift, in: DAMALS 10/1979, Vorwort).

Konsequenterweise läuft diese Sicht der Dinge auf eine Kritik der in einigen Bundes-

ländern angebahnten Reform des Geschichtsunterrichts hinaus: „Die beiden früher selbständigen Lehrfächer (Geschichte und Geographie, G. S.) werden nur noch unter dem Gesichtspunkt soziologischer Fragestellungen sporadisch behandelt. Die Geschichte schrumpft also für die Jugend im Sinne des Marxismus zu einer Historie der sozialen Konflikte zusammen“ (Rempler, ebd.).

Auch wenn einzelne Beiträge in den DAMALS-Heften diesem ideologischen Roll-back nicht entsprechen — die Wunschvorstellung von einer heilen deutschen Geschichte läßt soziale Konflikte oder verbrecherische Politik nur als hemmende Störfälle in einer ansonsten zum Besseren sich hinentwickelnden Gesellschaft bzw. als individuell zu verantwortende, momentane Entgleisungen begreifen. Auf diesem Hintergrund wird verständlich, daß Hitler in nahezu allen Heftbeiträgen zum Nationalsozialismus als „eminent zeitgebundener und nachweislich akzidenteller Charakter“ (Rempler, ebd.) verstanden wird, ohne daß es notwendig erscheint, jene gesellschaftlichen Gegebenheiten genauer zu analysieren, die ihn und seine Politik erst ermöglichten. Teilweise bis ins Kaiserreich zurückreichende Traditionstränge und Prädispositionen weiter Kreise des Bürgertums für den Faschismus als Verursachungs- bzw. Begünstigungsfaktoren für die Etablierung der Nazi-Herrschaft bleiben ausgeblendet.

Daß diese ideologische Konzeption der DAMALS-Zeitschrift nicht das Credo eines missionarischen Einzelgängers darstellt, sondern auch in Teilen der Bevölkerung wiederkehrt, zeigen die vielfältigen, teilweise fast wörtlichen Übereinstimmungen mit dem Antrag der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion zur Verbesserung des Geschichtsunterrichts in den Schulen dieses Bundeslandes vom 8./9. Mai 1978 und einer parlamentarischen Behandlung im Landtag am 18. Mai 1978. Dort heißt es u. a.:

„Die Geschichte muß wieder zentrales Fach der Schule werden. Sie soll ...

— die jungen Menschen zur Identifikation mit der eigenen Nation führen ...

— die humanen Tugenden und das Verantwortungsbewußtsein von historisch Handelnden als Vorbilder herausstellen,

— das Bösertige bis hin zum Verbrecherischen in der Geschichte nicht verschweigen,

— mißtrauisch machen gegenüber politischen Heilslehren und Utopien.“⁴²⁾

⁴²⁾ Zit. nach dem Wiederabdruck des Antrags in: *Geschichtsdidaktik* 3 (1978), S. 288.

Zur Begründung dieses Antrags sagte der CDU-Abgeordnete Dr. Pohlmeier im Landtag: „Die Menschen spüren heute wieder: Ohne Vergangenheit, die lebendig aufgenommen und bewußt gemacht wird, die dann kritisch verarbeitet und zu einem festen Geschichtsbild aufgebaut wird, gibt es keine Sicherheit im Heute, gibt es auch keine Maßstäbe für politisches Handeln und keine Zukunft für uns alle.“⁴³⁾

Dem Schüler im Geschichtsunterricht ein „festes Geschichtsbild“ zu vermitteln, dem Leser von DAMALS ein „kohärentes pragmatisches Geschichtsbild“ zu ermöglichen, ist ein gemeinsames Anliegen. In Erwiderung auf den CDU-Antrag hat Hans Mommsen zu Recht auf die Problematik des Geschichtsbildbegriffes hingewiesen: „Die Konsensusstiftung geschichtlicher Reflexion beruht nicht darauf, daß ein harmonisches ‚Geschichtsbild‘ vermittelt wird, sondern daß sie, dem Prinzip ‚intellektueller Redlichkeit‘ zufolge, gerade die Konflikte, Spannungen und Entwicklungsbrüche zur Darstellung bringt, die die gegenwärtig Handelnden, aus dem Blickpunkt politischer Opportunität heraus, zu verdecken geneigt sind. Der Ruf nach einem verbindlichen Geschichtsbild übersieht den seinerzeit von Gustav Heinemann unmißverständlich dargelegten Tatbestand, daß es ein einheitliches ‚deutsches Geschichtsbild‘ in Wahrheit nie gegeben hat und daß es verhängnisvoll sein würde, wollte man zu jener mythisierten Einheit des deutschen Geschichtsbewußtseins zurückkehren, die in Wirklichkeit eine durch die idealistischen Beimischungen der historischen Schule verbrämte borussische Selbstrechtfertigung war.“⁴⁴⁾

Das allgegenwärtige Bedauern um das Fehlen eines geschlossenen Geschichtsbildes in der Bundesrepublik⁴⁵⁾ muß geprüft werden auf dem Hintergrund dessen, was die Propagandisten dieser Behauptung zum (Wieder-)Aufbau verlorener nationaler Identität beitragen und welche Konsequenzen ein wiedergewonnenes nationales Geschichtsbild für die politische

⁴³⁾ Plenarprotokoll 8/76 vom 18. 5. 1978, S. 5391 B/C.

⁴⁴⁾ Hans Mommsen, *Geschichtsunterricht und Identitätsfindung der Bundesrepublik*, in: *Geschichtsdidaktik* 3 (1978), S. 292.

⁴⁵⁾ Vgl. etwa: Hellmut Diwald, *Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein im gegenwärtigen Deutschland*, in: *Saeculum* 28 (1977); kritisch hierzu: Karl Dietrich Erdmann, *Die Frage nach dem „Geschichtsbild“*, in: *GWU* 28 (1977), S. 157—159; Rudolf von Thadden, *Das schwierige Vaterland. Geschichte und Geschichtsbewußtsein als Problem der Deutschen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/79. Allgemein: Gerhard Schneider/Irmgard Wilharm, *Geschichtsbild*, in: Bergmann u. a. (Anm. 5), Bd. I, S. 206—209.

Orientierung der jetzt lebenden Menschen haben könnten.

DAMALS als selbsternannter potentieller Geschichtsbildlieferant für 30 000 Abonnenten und noch mehr Leser ist einem Geschichtsbild verpflichtet, das im wesentlichen an großen Persönlichkeiten und deren (notwendig) führenden Rolle im Geschichtsprozeß orientiert ist. Diese Sicht der Geschichte schlägt überall dort durch, wo sich DAMALS-Beiträge Fragen der politischen Geschichte annehmen. Selten wird gefragt, wer oder was den großen Persönlichkeiten das Feld für ihre einsamen Entscheidungen ebnete, zu wessen Lasten bzw. Vorteil dies geschah und wem die sozialen Kosten getroffener oder unterlassener Entscheidungen aufgebürdet wurden. Bei der Darstellung des Nationalsozialismus schlagen daher folgende Leitgedanken immer wieder durch:

- Hitler als „akzidentieller Charakter“,
- Nationalsozialismus als Katastrophe bzw. Entgleisung der deutschen Geschichte,
- Auswüchse des Regimes werden einer kleinen NS-Führungselite angelastet bei gleichzeitiger Exkulpierung der deutschen Bevölkerung.

Was die Behandlung der Jahre von 1933 bis 1945 angeht, so fällt auf, daß Artikel über unmittelbare Kriegereignisse stark dominieren, während Ereignisse der Vorkriegszeit (1933 bis 1939) sich weniger zahlreich in Heftbeiträgen niedergeschlagen haben. Versucht man die annähernd 60 Beiträge, die sich mit dem Nationalsozialismus und den militärischen Aktionen auf allen Kriegsschauplätzen befassen, zu gliedern, so stellt man fest, daß ein sehr großer Teil dieser Beiträge den Jahren von 1939 bis 1945 gewidmet ist, während das NS-Herrschaftssystem, seine gesellschaftlichen Voraussetzungen, sein Aufbau, seine Körperschaften und seine Auswirkungen auf die Bevölkerung weitgehend unberücksichtigt bleiben. Geradezu ins Auge springt aber die totale Ausblendung der Themenkreise „Konzentrationslager“, „Systematische Verfolgung und Ermordung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen“. Daneben fehlen Beiträge über den kommunistischen und Arbeiterwiderstand, über Rüstung und Wirtschaft, Kunst, Literatur und Film sowie über den Komplex, den man heute mit „Alltag und Faschismus“ zu umschreiben pflegt.

Das Verlagsversprechen, aus Einzelereignissen würde sich das Mosaikbild der Weltgeschichte entwickeln, wird nicht eingelöst. Statt dessen werden einzelne Episoden aus ihrem historischen Zusammenhang herausgelöst dargeboten. Der den Artikeln jeweils vor-

angestellte (wohl von der DAMALS-Redaktion und nicht von den Autoren zu verantwortende) Vorspann von nur wenigen Zeilen kann nur selten den notwendigen Sachzusammenhang herstellen.

Ein Hauptvorwurf ist besonders stark zu markieren: Das Bemühen der Autoren, entsprechend dem Gebot des Verlagsprospekts zu zeigen, „wie es wirklich war“, also in erster Linie Fakten wiederzugeben, ohne zu einer Bewertung der geschilderten Sachverhalte aus der Kenntnis der Kriegsentwicklung bzw. der Nachkriegsgeschichte überzugehen. Eine Interpretation der historischen Ereignisse allein aus der historischen Situation des Krieges heraus birgt die Gefahr in sich, den Selbststilisierungen des NS-Regimes oder den Argumentationen seiner Apologeten aufzusitzen.

Als Beispiel für ein derartig kurzsichtiges Verfahren kann der Beitrag von Hanns Erich Jungmann gelten: „Das Attentat in der Via Rasella. Geiseldrama in Rom im März 1944“ (DAMALS 11/1976, S. 987—998). Hier geht es um einen Sprengstoffanschlag italienischer Widerstandskämpfer gegen deutsche Soldaten in Rom, dessen Sühne SS-Obersturmbannführer Herbert Kappler, Chef des Sicherheitsdienstes in Rom, vornahm, indem er mehr als 300 Italiener, die mit dem Attentat nichts zu tun hatten, liquidieren ließ. Aus diesem Beitrag nachstehend eine Leseprobe:

(Auf Befehl Hitlers sollten für jeden Deutschen, der dem Anschlag zum Opfer gefallen war, zehn Italiener liquidiert werden.) *„Um das Verhältnis 1 : 10 wahren zu können, waren nunmehr 320 Personen erforderlich. Es muß Kappler zugestanden werden, daß er sich zunächst ernsthaft bemühte, nur wirkliche Todeskandidaten auf seine Liste zu setzen (warum diese „Todeskandidaten“ tatsächlich zum Tode verurteilt worden waren, wird nicht erwähnt; G. S.). Erst als er sich bewußt wurde, die vorgesehene Zahl nicht erreichen zu können, bestimmte er kurzerhand eine Anzahl Juden, die er später noch um weitere zehn erhöhte, nachdem der dreiunddreißigste Deutsche seinen Verletzungen erlegen war... Da die Zeit drängte (warum eigentlich? G. S.), wurden andere statt dessen aus den Gefängniszellen geholt und auf die Liste gesetzt. Auf diese Weise konnte es geschehen, daß nicht dreihundertdreißig, sondern dreihundertfünfunddreißig Menschen zur Hinrichtung geführt wurden“ (S. 993). „Es wurde die wirtschaftlichste und wirksamste Methode erörtert, die Erschießungen in kürzester Zeit hinter sich zu bringen. Eile war geboten... Wegen des Zeitdruckes konnten Kapplers sorgfältig ausgearbeiteten Pläne für eine methodisch exakte*

Exekution (!) nicht mehr eingehalten werden" (S. 994). „Das Urteil (gegen Kappler, G. S.) bezieht sich jedoch nicht auf die zehn weiteren, aus eigener Entscheidung angeordneten Erschießungen, sondern darauf, daß über die Normalzahl (!) hinaus fünf Menschen in der Hektik des blutigen Geschehens ihr Leben lassen mußten — Opfer einer unbarmherzigen Todesmaschinerie (!)“ (S. 997).

Es ist kennzeichnend für diesen Beitrag, daß die Unterschrift unter eine Photographie Kapplers „diesen Fall“ — d. h. die Ermordung unschuldiger Italiener als Geiseln — als „ein eher politisches als juristisches Problem“ charakterisiert (S. 992). Daß es auch moralische, humane Kategorien bei der Einschätzung derartiger Verbrechen gibt, daß es bei der Darstellung dieses Ereignisses auch um eine intensive Beschäftigung mit der Frage nach der Legitimität des bewaffneten Widerstandes in besetzten Gebiete gehen muß (die Bemerkungen des Autors zu diesem Problem genügen bei weitem nicht), daß zumindest ein paar Sätze über die liquidierten Opfer hätten gesagt werden müssen, scheint dem Verfasser nicht in den Sinn gekommen zu sein.

Ein weiterer Einwand gegen die Darstellungsweise der DAMALS-Hefte richtet sich gegen die Betrachterebene. In den meisten Fällen wird aus der Sicht höherer Offiziere bzw. ziviler oder militärischer Führungsstäbe berichtet, während die Auswirkungen getroffener Entscheidungen auf das Heer der Namenlosen unerwähnt bleibt. Dies gilt auch für den Erlebnisbericht „1943: Mission in Montenegro“ (DAMALS Nr. 6/1975, S. 483 ff), den ein „Beteiligter an zentraler Stelle“ verfaßt hat, ohne daß indes die kämpfende Truppe oder die Zivilbevölkerung genauer konturiert würden. Der Artikel „Der Zusammenbruch der ‚Heeresgruppe Mitte‘. Eine Entscheidung an der Ostfront im Sommer 1944“ (DAMALS Nr. 1/1975, S. 61—78) läßt kaum erkennen, daß an den beschriebenen Aktionen auch Soldaten, Menschen, beteiligt waren. Der Artikel ergeht sich in einer ausschweifenden Wiedergabe der sich gegenüberstehenden militärischen Potentiale (S. 62, 65, 66), darüber hinaus in der breiten Beschreibung von Geländegewinnen bzw. -verlusten (S. 71).

Siegreiche und unterliegende Helden werden präsentiert, nie aber Helden der Verweigerung oder gar des Widerstands. Wird einmal ein leitender Offizier einer taktischen oder strategischen Fehlleistung überführt — wie im Falle des Panzerschiffskommandanten Hans Langsdorff —, so wird sein Freitod, der als individuelle ethische Konsequenz hier nicht zu qualifizieren ist, als von der Öffent-

lichkeit erwartete Sühne der Verfehlung sorgsam bilanziert: „Er hat sich der Verantwortung für sein Handeln nicht entzogen“ (DAMALS 7/1980, S. 578).

Wo immer Deutsche an Feldzügen beteiligt sind, werden die Ereignisse im allgemeinen aus der Sicht der deutschen Truppen dargestellt. Ein Perspektivenwechsel, eine Gegenüberstellung der Sichtweisen, gar eine Darstellung ausschließlich aus der Sicht des militärischen Gegners bekommt der Leser nur selten geboten. Drei Beispiele seien erwähnt:

Die Eroberung der Rheinbrücke bei Remagen durch amerikanische Truppen im Frühjahr 1945 wird aus amerikanischer und deutscher Sicht geschildert (DAMALS Nr. 11/1979, S. 971—986). In der Darstellung des Amerikaners David Chandler erscheint die Eroberung der Remagener Brücke als überraschender, verhältnismäßig leichter Erfolg einer kleinen Kampfgruppe, der die Vormarschpläne des alliierten Oberkommandos über den Haufen warf. Die strategische Bedeutung dieses unverhofften Erfolgs wird mit einem Satz abgetan: „Die Eroberung der Brücke von Remagen brachte nicht das Kriegsende, aber die psychologische Wirkung dieses Zufalls wurde auf beiden Seiten des Rheins spürbar“ (S. 980). — Die Darstellung aus deutscher Sicht (Verfasser: Otto von Fisenne) beschränkt sich im wesentlichen auf die Wiedergabe des Urteils eines „Sonderstandgerichts des Führers“ gegen die in den Augen der NS-Führung versagenden Verteidiger der Remagener Brücke, auf die möglicherweise konspirative Rolle, die der letzte Kampfkommandant, Major Scheller, bei der nicht rechtzeitig erfolgten Sprengung der Brücke spielte sowie auf die Wiedergabe der Einstellungsverfügung in einem Ermittlungsverfahren, das die Koblenzer Staatsanwaltschaft nach dem Kriege gegen die Mitglieder des Sonderstandgerichts angestrengt hatte. Der Verfasser verzichtet auf die Schilderung militärischer Einzelheiten, um sich grundsätzlichen Problemen zuzuwenden:

— Wie ist das Verhalten derjenigen Personen rechtlich zu würdigen, die in einem Standgerichtsverfahren das Urteil zu verantworten haben bzw. an dessen Vollstreckung beteiligt sind?

— Wie ist das Verhalten eines Soldaten zu beurteilen, der angesichts einer aussichtslosen Kampfsituation möglicherweise durch Konspiration mit dem Feind oder durch bewußte Aufgabe einer strategisch wichtigen Position eine Verkürzung des Krieges herbeiführen möchte?

— Worin besteht die Verantwortlichkeit des einzelnen im Krieg?

Leider erhält der Leser aber auf diese wichtigen und in vergleichbaren DAMALS-Aufsätzen zu selten aufgeworfenen Fragen keine überzeugende Antwort. Der Verfasser zitiert nur die Begründung der genannten Einstellungsverfügung; ob er sich in der Einschätzung des Majors Scheller der Ansicht des ehemaligen Kampfkommandanten von Remagen, Bratge, anschließt, wird nicht deutlich: „Sollte er (Scheller) jedoch sich bewußt der deutschen Militärgerichtsbarkeit gestellt haben, um Sühne für seine Schuld auf sich zu nehmen, so sei Major Scheller als Mensch, der für seine Überzeugung in den Tod ging, nicht hoch genug einzuschätzen. Aber auch dann noch bleibe die Frage ungelöst, warum er in diesem Prozeß nicht alle Schuld auf sich genommen habe, um die anderen Offiziere vor diesem Urteil zu bewahren“ (S. 984).

Auch der Beitrag von Hellmuth Günther Dahms „1943: Mord in Minsk. Das Attentat auf den Generalkommissar für Weißruthenien Wilhelm Kube“ (DAMALS Nr. 5/1980, S. 437—451, und Nr. 6/1980, S. 463—478) ist über weite Strecken aus der Sicht des Gegners geschrieben, indem Dahms sich der Memoiren des sowjetischen Geheimdienstlers Nikolaj J. Chochlow bedient, der 1954 in den Westen überlief. Der erste Teil dieser Darstellung schildert die Verpflichtung Chochlows für den sowjetischen Geheimdienst sowie seine Ausbildung für den Einsatz hinter der deutschen Front. Dann wird Wilhelm Kube, der Generalkommissar für Weißruthenien, vorgestellt, zu dessen Beseitigung Chochlow mit einer Partisanengruppe zusammenarbeiten soll. Über Kube schreibt Dahms: „Ungeachtet seiner (Kubes, G. S.) früheren Haßtiraden gegen ‚Juden und Bolschewisten‘ zeigt sich der Prokonsul großzügig, sogar menschenfreundlich. Einige seiner Mitarbeiter erinnern sich, daß er aus dem Lager der Deutschnationalen zur NSDAP übergewechselt ist, jedoch an dem konservativen Grundsatz festgehalten hat, fremdes Volkstum ebenso wie das eigene zu achten. Andere Beobachter, die den sträflichen Sachverhalt nicht genau kennen, halten Kubes Absetzung als NS-Gauleiter der Kurmark im Jahre 1936 für einen politischen Konflikt mit Hitler und Heß. Jedenfalls steht die Statthalterschaft des mittlerweile rehabilitierten Parteifunktionärs nicht im Zeichen von Herrenmenschentum und Rassismus. Kube hält seine schützende Hand über Juden, die aus dem Reich antransportiert werden und ermordet werden sollen. In dem darauf beginnenden Streit mit Heinrich Himmler wendet sich der Generalkommissar scharf gegen die im deutschen Namen verübten Schandtaten. Auch die bodenständige Bevölkerung will Kube be-

schützen, ja zur Mitarbeit heranziehen“ (S. 448).

Diese kurze Darstellung des Werdegangs Kubes ist verschwommen, teilweise irreführend, ja in Einzelheiten sogar beschönigend. Kubes politische Tätigkeit in der „Kampfzeit“ wird nicht erwähnt⁴⁶⁾, die Gründe für seine Absetzung bzw. Rehabilitierung bleiben unklar, seine gemäßigte Politik während seiner Statthalterschaft in Minsk gegenüber „Juden, die aus dem Reich antransportiert werden“, erscheint in allzu positivem Licht. Kube hat sich zwar während seiner Statthalterschaft in Minsk wiederholt für die aus dem Reich deportierten Juden, vor allem die jüdischen Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, eingesetzt und hat sich deshalb bei den höchsten Spitzen des NS-Staates Kritik eingehandelt. Ein Gegner der „Endlösung“, gar ein Freund der Juden war er gleichwohl nicht. So schrieb er an seinen Freund, den Reichskommissar für die besetzten Ostgebiete Heinrich Lohse in Riga: „... Ich bin gewiß hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden. Soll man die Litauer und Letten, die hier auch von der Bevölkerung abgelehnt werden, mit der Abschachtung betrauen? Ich könnte es nicht. Ich bitte Dich, mit Rücksicht auf das Ansehen unseres Reiches und unserer Partei hier eindeutige Anweisungen zu geben, die in der menschlichsten Form das Nötige veranlassen“⁴⁷⁾. — Im zweiten Teil

⁴⁶⁾ „Wilhelm Kube, 1887—1943, gründet 1909 den Deutschvölkischen Studentenbund, 1912 Generalsekretär der Konservativen Partei in Schlesien, 1920—1923 Generalsekretär der DNVP, 1924 MdR (Völkischer Block), 1928 Mitglied der NSDAP, 1928—1936 Gauleiter der NSDAP (Ostmark, nach Vereinigung der Gaue Ostmark und Brandenburg 1934 Kurmark), 1941—1943 Generalkommissar für Weißruthenien. Fiel einem Attentat zum Opfer“ (Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941—1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1980, S. 434). Aufschlußreich über seinen frühen Antisemitismus s. das Zitat aus einem Aufsatz Kubes in der Westfälischen Landeszeitung vom 19. Mai 1934, abgedruckt bei Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich 1933—1945, Berlin 1964², S. 19.

⁴⁷⁾ Zu Kubes Rolle in Minsk s. Gerald Reitlinger, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939—1945, Berlin 1979², S. 104, 252 ff., 323 ff. (auch mit einigen ergänzenden Angaben zu Kubes Biographie). Der Brief ist ebd., S. 253, abgedruckt. Weitere Belege zu Kubes Haltung gegenüber deutschen und russischen Juden finden sich bei Helmut Heiber, Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956), S. 67—92, der ein sehr differenziertes Bild vom ambivalenten Charakter Kubes zeichnet. Vgl. auch Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 19), Stuttgart 1969, v. a. S. 215f.

des Beitrags erscheint dann das Attentat auf Kube als das Werk konkurrierender Partisanengruppen; der Hauptgewährsmann von Dahms, Chochlow, spielte hierbei offensichtlich nur eine Nebenrolle. Was zunächst als Darstellung der Ereignisse aus sowjetischer Sicht begann, entwickelt sich im weiteren Verlauf zu einer Story über Konversion und Frontwechsel eines ehemaligen sowjetischen Geheimdienstoffiziers. Mit dem Minsker Attentat — dem eigentlichen Gegenstand des Beitrags (s. Titel) — hat dies nichts mehr zu tun.

In einem weiteren Beitrag — Herbert Drescher: Warschau im September 1939. Ereignisse, Menschen, Schicksale (DAMALS Nr. 3/1980, S. 207—226, und Nr. 4/1980, S. 295—308) — wird der Versuch unternommen, die Kriegsereignisse vom September 1939 aus polnischer Sicht zu beschreiben. In vergleichsweise differenzierter Form schildert der Verfasser die Auswirkungen des Angriffs der deutschen Truppen auf die polnische Hauptstadt, die Folgen der Beschießung und Bombardierung für die Zivilbevölkerung und die Maßnahmen und Reaktionen der lokalen polnischen Politiker und Militärs. Auch wenn gelegentlich militärisch-strategische Gesichtspunkte dominieren, hebt sich diese Schilderung doch im positiven Sinne von anderen Darstellungen des Kriegsgeschehens in dem DAMALS-Magazin ab.

Schließlich ist noch auf einen Sachverhalt hinzuweisen, der bereits bei der Analyse von „Geschichte — Historisches Magazin“ Anlaß zu Kritik gab: Gemeint sind die in manchen Beiträgen vorgenommenen Prognosen über den möglichen Kriegsverlauf bzw. Kriegsausgang für den Fall, daß „richtige“ bzw. andere (militärische) Entscheidungen getroffen worden wären. Hierzu einige Beispiele aus dem Beitrag „Einsatz der Kriegsmarine. Die Fehler der deutschen Seekriegsleitung im II. Weltkrieg“ (DAMALS Nr. 9/1975, S. 805—832), die den spekulativen Charakter derartiger Gedankenpiele verdeutlichen sollen:

„Der ‚Führer‘ vermochte — sicher nicht zuletzt auf Grund seiner eigenen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Infanterieregiment — nicht global-strategisch zu denken. Er hatte kein Verständnis für einen global zu führenden Seekrieg, wie er für Deutschland im zweiten Weltkrieg alleine von kriegsentscheidender Bedeutung hätte werden können“ (S. 809). Hätte der Krieg, so ist zu fragen, wirklich einen anderen Ausgang nehmen können, wenn Hitler im Ersten Weltkrieg Marinesoldat gewesen wäre? „Hätte Dönitz damals hundert Boote gehabt, die Versenkungsziffern wären an Englands Lebensnerv

gegangen“ (S. 822). — „Politische Führung und Seekriegsleitung hatten die Zeit versäumt, in der die U-Bootwaffe noch kriegsentscheidende Erfolge hätte erzielen können“ (S. 822).

Sind die gedanklichen Sandkastenspiele eines Amateurstrategen (vgl. zuletzt auch den Beitrag von Rolf Bürgel: Admiral Graf Spee. Ein Name — zwei Schicksale, DAMALS Nr. 7/1980 S. 555—578) nicht dazu angetan, gängige Leserspekulation (wieder) aufleben zu lassen? (Etwa nach der Art: Hätte man damals nur die richtigen Entscheidungen getroffen, dann wäre der Krieg schon gewonnen worden!) Unterschlägt diese spekulative Kalkulation möglicher Siegeschancen nicht die Notwendigkeit, nachzuforschen, zu welchem Ende der Krieg eigentlich hätte gewonnen werden sollen bzw. unter welcher Zielsetzung der Krieg begonnen worden war? Welchen Sinn haben Spekulationen über mögliche Auswirkungen von Frontbegradigungen, Preisgabe von Frontabschnitten zum Aufbau einer neuen Verteidigungsposition oder Gedankenspiele über einen strategisch (vermeintlich) effektiveren Einsatz von Waffensystemen? Zu welchem höheren Zweck hätten diese Entscheidungen getroffen werden sollen? Hätten diese Maßnahmen angesichts der Übermacht der Kriegsgegner mehr bewirken können als eine bloß zeitliche Verschiebung neuerlicher Konfrontationen mit (zwingend) negativem Ausgang für die deutschen Truppen? Sicher: „Ohne daß es ihnen bewußt wurde, retteten sie durch ihren Einsatz die Absetzbewegung ihres Bataillons“ (DAMALS Nr. 1/1975, S. 76). Doch für wie lange? War es nicht so, daß eben dieses Bataillon, das jetzt durch verlustreiche Kämpfe kleinerer Einheiten einen halbwegs gesicherten Rückzug antreten konnte, sich schon bald wieder einem übermächtigen Gegner gegenüber sah? Kämpfe, Verluste, Rückzug, neue Front — neue Kämpfe, größere Verluste, erneuter Rückzug . . . dieser spätestens seit 1943 einsetzende Kriegsmechanismus, der zwangsläufig auf totale Vernichtung des unterlegenen Teils hinauslaufen mußte (und dies wurde von nicht wenigen Soldaten unterschiedlicher Dienstgrade und Dienststellungen schon früh erkannt), wird in all diesen Magazin-Beiträgen zum Zweiten Weltkrieg unterschlagen. Daraus resultiert keine Anklage gegen den Krieg, keine „Lehre“ für die Gegenwart. Die Schilderung meist unverbundener Einzelepisoden, deren Zusammenhang nirgends hergestellt wird, begünstigt die Beschreibung rein militärisch-strategischer Entscheidungen: Die 6. Armee erzielte im Abschnitt X den Geländegewinn Y; das soundsovielte Infanterieregiment zog sich auf die Linie A—B zurück (ggf. „unter großen Verluften“). Das ist das grobe Strick-

muster der DAMALS-Beiträge zum und über den Krieg.

Auch der Beitrag von Otto Münter: „Die Ostfreiwilligen. Der vergebliche Kampf der Stalin-Gegner im II. Weltkrieg“ (DAMALS 3/1979, S. 207—226) will glauben machen, daß der Rußlandfeldzug siegreich beendet worden wäre, wenn Hitler gegenüber den Völkern der Sowjetunion eine weniger intransigente Position eingenommen hätte. Die rassistische Diskriminierung der „Ostvölker“ wird nahezu ausschließlich im Hinblick auf ihre negativen Folgen für die Kriegsführung gesehen: „Wie bereitwillig wären sie aber den Deutschen gefolgt, wenn man sie nach den Geboten abendländischer Wertvorstellungen und den Forderungen der Vernunft behandelt hätte! Es ist nicht abwegig zu behaupten, daß der Rußlandfeldzug unter diesen Geboten und unter Verzicht auf die maßlosen Eroberungspläne gar nicht hätte verloren werden können, daß das Sowjetsystem damals mit Sicherheit vernichtet worden wäre, und zwar in erster Linie durch die Bevölkerung der Sowjetunion selbst“ (DAMALS 3/1979, S. 214 f).

Wurde schon im Zusammenhang mit dem römischen Attentat von 1944 auf üble sprachliche Formulierungen hingewiesen, so gilt dieser Vorwurf auch für einige Textpassagen des Artikels „SS-Sondereinheit Dirlwanger. Ein Sträflingsbataillon zum Einsatz im Kampf gegen Partisanen“ (DAMALS Nr. 7/1977, S. 599—620). Heimliche Bewunderung spricht aus ihnen:

„Die erfolgreichen Einsätze gegen russische Partisanen brachte der Einheit Dirlwanger hohe Verluste. Der Krieg war unbarmherzig. Aber der Ruf der Einheit war legendär“ (S. 612 f).

„Das Kommando Dirlwanger agierte blitzschnell und mit äußerster Härte“ (S. 614 Bildunterschrift).

„Der Fehler von Anfängern kam bei ihnen nicht vor: trotz kürzester Schußentfernung schlecht zu schießen, weil sie nicht die Nervenkraft hatten, sich auf das Ziel zu konzentrieren ... Im Häuserkampf wie in Minsk kamen den Soldaten Umsicht und Rücksichtslosigkeit zugute“ (S. 618).

„Zweifler oder Verräter wurden über den Haufen geschossen — oft von Dirlwanger persönlich. Aber (!) die Verteilung von Beutegut erfolgte gerecht zwischen SS-Männern und Hilfswilligen“ (S. 620).

Die Bilanzierung der Aktionen der SS-Sondereinheit Dirlwanger (S. 616) sagt nichts über die verbrecherischen Begleiterscheinungen dieser Einsätze aus. Wo dies aber im einzelnen versucht wird, schleichen sich peinliche Formulierungen ein:

„Dirlwangers Einheiten lösten das Problem kurzerhand, indem sie die Häuser anzündeten und die aus den Flammen Fliehenden risikolos erschossen“ (S. 618).

„Die Tatsache, daß in Dirlwangers Einheit viele russische Hilfswillige dienten, erleichterte die grausame Arbeit“ (S. 618).

Wohl in der Absicht, ein besonders „ausgewogenes“ Bild der Vorgänge zu vermitteln, werden harte deutsche Maßnahmen als Konsequenzen feindlicher Aktionen dargestellt bzw. diese Maßnahmen dadurch entschuldigt, daß man sie vermeintlich entsprechenden Aktionen der Gegenseite gegenüberstellt.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Es geht mir nicht darum, die Beiträge dieses Magazins in ihrer Gänze anzugreifen. Gegen mehrere Beiträge gibt es keine Einwände, es sei denn, daß ihnen der Vorwurf gemacht werden kann, prinzipielle Fragen des Nationalsozialismus bzw. des Krieges auszuklammern oder sich mit belanglosen Quisquilien zu beschäftigen (z. B. DAMALS Nr. 8/1978, S. 713—724: „Unternehmen ‚Haifisch‘ 1941: Die England-Invasion findet nicht statt“). Einige Artikel thematisieren durchaus wichtige, interessante und bisher in der populären Literatur vernachlässigte Themen (z. B. DAMALS Nr. 12/1978, S. 1113—1126: „Wir werden den Sieg erzwingen“ — Hitlers Neujahrsadressen im Zweiten Weltkrieg; DAMALS Nr. 2/1977, S. 165—178: „Kettenbriefe im 3. Reich. Anonymer Widerstand gegen den Nationalsozialismus“). Auch erfüllen die Magazinbeiträge nicht die Straftatbestände der Gewalt- bzw. Kriegsverherrlichung, des Neonazismus oder der Aufstachelung zum Rassenhaß. Insoweit sind sie nicht justiziabel. Um was es in erster Linie geht, wenn Vorwürfe gegen Magazine dieser Art erhoben werden, ist die Tatsache, daß zum einen der Krieg als nicht hinterfragtes Faktum hingenommen wird — der Krieg ist einfach irgendwie vorhanden —, zum anderen — und dies resultiert aus einer derartigen Sicht —, daß die problematische Wirkung einer solchen Betrachtungsweise von Geschichte auf die Leser seitens der Autoren offensichtlich nicht einkalkuliert wird.

IV. Didaktisch-methodische Überlegungen

Welche didaktisch-methodische Überlegungen lassen sich an diese Befunde knüpfen? Es dürfte auf der Hand liegen, daß sich die Geschichtsdidaktik dieser Mittler von Geschichte (bzw. einer ganz bestimmten Sicht von Geschichte) anzunehmen hat. Der „Geschichte im Trivialbereich“ — das hat die neuere Geschichtsdidaktik erkannt — kommt beim Aufbau der Persönlichkeit und der Ausbildung von Geschichtsbewußtsein die gleiche Bedeutung zu wie der Geschichte im institutionalisierten Bildungsbereich⁴⁸⁾. Diese Neubestimmung des Gegenstandsbereichs der Geschichtsdidaktik hat unmittelbare unterrichtspraktische Folgen: „Es wird nicht nur der allgemeine Reflexionshorizont der Geschichtsdidaktik erweitert, vielmehr führen die genaueren Kenntnisse über die lebensweltlichen Vorbedingungen des Geschichtsunterrichts dazu, daß der planende und unterrichtende Geschichtslehrer die alltagsweltlichen Vorkenntnisse, Vorurteilslagen und Denkkriterien der Schüler berücksichtigen und ggf. zum Ausgangspunkt des Unterrichts machen kann. In einer Zeit, in der Fernsehen und Kino, Tageszeitung und Illustrierte, preiswerte Taschenbücher und Comics das Bewußtsein von Kindern und Jugendlichen ungleich stärker beeinflussen als früher, hat der Geschichtsunterricht in der Schule seine beherrschende Stellung für die Formung des historischen Bewußtseins verloren. Die Schüler kommen nicht als ‚leeres Blatt‘ in den Unterricht, sondern sind in vielfacher Weise von lebensweltlichen Erfahrungen und unbewußten Übernahmen von Denkformen geprägt, auch in Hinsicht auf geschichtliches Wissen und Bewußtsein. Aus diesem Grund ist die didaktische Auswertung der Forschung über lebensweltliches Geschichtsbewußtsein dringend nötig.“⁴⁹⁾

Der Erfolg der Heftchen und der Magazine (von den Landser-Ausgaben wurden bis 1974 bereits mehr als 100 Millionen Stück verkauft), aber auch der offensichtlich profitable Absatz von Schallplatten mit Originalmitschnitten von NS-Reden und Rundfunksendungen, die Neuauflagen von NS-Journalen (z. B. „Signal“) sowie die eine ungestillte Nachfrage dokumentierenden Verkaufs- und Suchanzeigen

⁴⁸⁾ Schörken, Geschichte als Lebenswelt (Anm. 5), S. 10ff.; vgl. auch die Gegenstands- und Aufgabenbeschreibung geschichtsdidaktischer Forschung bei Karl-Ernst Jeismann, Didaktik der Geschichte, in: Erich Kosthorst (Hrsg.), Geschichtswissenschaft. Didaktik — Forschung — Theorie, Göttingen 1977, S. 12.

⁴⁹⁾ Schörken, Geschichte als Lebenswelt (Anm. 5), S. 14.

für NS-Devotionalien zeugen vom fortdauernden Interesse am Zweiten Weltkrieg, der Person Hitlers und seiner Führungskamarilla. Da die Nachfrage nicht nur aus dem Kreis ehemaliger Soldaten kommen kann — inwieweit Bundeswehrsoldaten ein bedeutendes Leserpotential darstellen, ist bislang noch nicht untersucht worden —, die Leserschaft sich vielmehr auch aus Schülern, Lehrlingen und älteren Nichtkriegsteilnehmern rekrutiert, scheint die Vermutung naheliegend, daß der Geschichtsunterricht bislang weder dieses rege Interesse am Nationalsozialismus (oder besser: an den vermeintlichen „Sonnenseiten“ des Regimes und den „Heldentaten“ seiner Zeitgenossen) mit geeigneten Mitteln zu befriedigen imstande war, noch daß er die Schüler dazu befähigt hat, kritisch mit derartigen Produkten umzugehen. Aus diesem Defizit leiten sich eine Reihe von Forderungen an die Geschichtsdidaktik und den Geschichtsunterricht ab.

— es müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, diesem ernst zu nehmenden Bedürfnis junger Menschen nach emotionaler Hinwendung zum Nationalsozialismus im Unterricht Rechnung tragen zu können;

— es müssen Verfahrensweisen eingeübt werden, die es dem Schüler ermöglichen, kritisch mit Heftchen und Magazinen umzugehen;

— es müssen Darstellungen geschaffen werden, die es dem jungen Menschen erlauben, sich den Nationalsozialismus in altersgemäßer Form und unter Berücksichtigung seiner Bedürfnisse selbst zu erschließen. Jegliche Verharmlosung, Glorifizierung bzw. Heroisierung sind zu vermeiden.

Gehen wir von der letztgenannten Forderung aus, so stehen wir sogleich vor einem beträchtlichen Dilemma: Zwar sind in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe von Publikationen erschienen (meist Darstellungen von Beteiligten und Betroffenen), die die ungeschminkte Realität des Faschismus im Alltag und seine Wirkung auf die Zeitgenossen in anschaulicher Weise beschreiben. Zwar gibt es auch eine steigende Anzahl von Kinder- und Jugendbücher, die sich der besagten Thematik in altersgemäßer Form, spannend und subtil annehmen⁵⁰⁾. Noch immer fehlen aber Werke der historischen Belletristik, die den Nationalsozialismus und seine Epoche als *umfassendes* Phänomen und an die breite Masse der Bevölkerung gerichtet fiktional gestalten und damit neben der individuellen Sicht der Augenzeugen

⁵⁰⁾ Vgl. oben Anm. 6.

gen oder den notwendig auf nur wenige Handlungsinhalte beschränkten Kinder- und Jugendbüchern eine globale Sicht der Dinge vermitteln.

Es gibt offensichtlich einen Mangel an literarischen Talenten, die in der Lage wären, (auch komplizierte) historische Stoffe wissenschaftlich solide, leicht faßlich, volkstümlich und stilistisch einwandfrei darzustellen. Was Eckart Kehr bereits vor nahezu 50 Jahren festgestellt hat, daß nämlich die Geschichtswissenschaft jene „Geschichte, die außerhalb der Universitäten geschrieben wurde, ... vollständig übersehen“ hat und daß „die Universitätshistoriker ... nicht den Mut zu einer volkstümlichen Darstellung besaßen“⁵¹⁾, gilt mutatis mutandis auch heute noch. Vielleicht kann das „Journal für Geschichte“ hier einmal eine Lücke schließen, auch wenn die ersten Hefte diese Hoffnung noch nicht recht zu stützen vermögen⁵²⁾.

Es wäre an der Zeit, daß Universitätshistoriker und -didaktiker nicht länger ihre Aufgabe einzig und allein darin sehen, für andere Universitätshistoriker und -didaktiker (allenfalls noch für Geschichtslehrer) zu forschen und zu schreiben, sondern eine sinnvolle Aufgabe auch darin erblickten, ihre in vieler Hinsicht gesellschaftsrelevanten Forschungsergebnisse auch für die breite Masse zu übersetzen. Der emanzipatorische Anspruch der Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik sollte sich nicht darin erschöpfen, Studenten und ggf. Lehrer zu erfassen (so wichtig und notwendig dies natürlich ist). Forschung und Darstellung so zu vereinigen, daß auch der historisch interessierte Laie angesprochen wird und weitere, historisch noch nicht interessierte Schichten an „Geschichte“ herangeführt werden⁵³⁾, müßte einer demokratischen Wis-

senschaft Verpflichtung und Auftrag zugleich sein.

Solange derartige Darstellungen fehlen und vorliegende populäre Geschichtsdarstellungen weder in stilistischer noch in wissenschaftlicher Hinsicht dem skizzierten Anspruch genügen, weil sie über die Köpfe der Masse potentieller Leser hinweggehen oder einer überholten Sicht der Geschichte verpflichtet sind (man könnte sie mit den Schlagworten antiquarisch, personalisierend, individualisierend und konservativ charakterisieren), solange stellt sich den Geschichtsdidaktikern im Vorfeld eigener Versuche noch die Aufgabe, derartige populäre Darstellungen zu sichten, in ihrer Wirkung auf die Ausbildung von Geschichtsbewußtsein und Geschichtsbild hin zu analysieren und Wege ihrer unterrichtlichen Verwendung in kritischer Absicht aufzuzeigen.

Auf welche Weise könnten etwa Landser-Hefte im Geschichtsunterricht verwendet werden? Zum einen ist es denkbar, sie im Verlauf einer Unterrichtseinheit „Nationalsozialismus“ einzusetzen, wenn die Teileinheit „Zweiter Weltkrieg“ behandelt werden soll. Zum anderen können sie als heuristisches oder illustrierendes Material im Rahmen einer sozialkundlichen Unterrichtseinheit „Kriege“ herangezogen werden. In beiden Fällen soll es nicht darum gehen, Kriege als Abfolge von militärischen Aktionen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen zu behandeln. Da Kriegsgeschichte immer auch Gesellschaftsgeschichte ist, müssen allgemeine, gegenwartsrelevante Gesichtspunkte im Zentrum des Unterrichtsgeschehens stehen. „Krieg“ soll den Schülern nicht als ohnmächtig hinzunehmendes Phänomen oder als unausweichliches Verhängnis erscheinen, sondern als eine Form direkter Gewalt, die von Menschen praktiziert wurde und wird und daher auch von Menschen zu verantworten ist.

Eine Unterrichtseinheit „Kriege“ könnte sich daher folgenden thematischen Gesichtspunkten zuwenden:

- Kriegsursachen bzw. Kriegsverursachung
- Rechtfertigungen für den Krieg (aus der Sicht der Kombattanten bzw. aus nachträglicher Sicht)
- Individuelle, kollektive oder institutionelle Möglichkeiten der Kriegsverhinderung bzw. Kriegsabkürzung
- Das Feinbild
- Befehl und Gehorsam
- Sinn des Krieges
- Kriegsfolgen

⁵¹⁾ Eckart Kehr, Neuere deutsche Geschichtsschreibung, in: ders., Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965, S. 263; vgl. auch ders., Der neue Plutarch. Die „historische Belletristik“, die Universitäten und die Demokratie, in: ebd., S. 269—278, v. a. S. 276 ff.

⁵²⁾ Während sich das „Journal für Geschichte“ (Westermann-Verlag Braunschweig) eher an geschichtlich interessierte Erwachsene richtet, wendet sich das seit August 1979 monatlich erscheinende Magazin „Geschichte mit Pfiff“ (Sailer-Verlag Nürnberg) an Schüler. Zu dem letztgenannten Magazin liegt eine erste kritische Stellungnahme vor: Thomas Berger, Wer pfeift?, in: betriebs 13 (1980), Heft 6, S. 74 f.

⁵³⁾ Wie dies mit Erfolg geschehen kann, zeigt das jetzt auch in deutsch vorliegende Buch von Emmanuel Le Roy Ladurie, Montaillou. Ein Dorf vor dem Inquisitor 1294 bis 1324, Frankfurt/Berlin/Wien 1980. Vgl. hierzu auch Antje Sommer, Wie populär darf Geschichte sein?, in: FAZ Nr. 133 vom 11. Juni 1980, S. 10.

Neben den hier genannten Gesichtspunkten könnte eine Unterrichtseinheit „Zweiter Weltkrieg“ sich folgenden weiteren Themenkomplexen zuwenden (auf eine Auflistung kriegsgeschichtlicher Einzelereignisse des Zweiten Weltkriegs wird hier verzichtet), die den affektiven Vergangenheitsbedürfnissen der Schüler entgegenkommen:

— Kriegsrealität an der Front, in der Etappe, in der Heimat

— Einschätzung der Kriegslage, des Kriegsverlaufs und der Kriegsfolgen

- durch die Regierung bzw. die Wehrmachtsführung
- durch Befehlshaber bzw. Frontoffiziere
- durch einfache Soldaten an der Front
- durch Personen in der Heimat
- durch den Gegner

Da beide Unterrichtseinheiten miteinander in engem Zusammenhang stehen bzw. aufeinander aufbauen, wäre von Fall zu Fall zu überlegen, ob nicht der unterrichtlichen Beschäftigung mit dem Zweiten Weltkrieg eine zunehmend allgemeinere Beschäftigung mit dem Krieg an sich folgen müßte. Damit könnte erreicht werden, daß die Schüler auch bei der Behandlung einzelner Kriege immer auch die gesellschaftlichen Ursachen und Folgen der Kriege begreifen lernen und zu der Einschätzung gelangen, daß „vergangene Kriege nicht einfach als unabwendbare Ereignisse, als angemessene Mittel der Politik oder als Läuterungsprozesse eines Volkes“⁵⁴⁾ zu interpretie-

ren sind. Sie sollen vielmehr erkennen, daß Frieden machbar ist. Zu nahezu allen genannten Themenbereichen lassen sich unterrichtlich geeignete Passagen aus Landser-Heften finden. Sie können jeweils als ‚Einstieg‘ in den eigentlichen Sachzusammenhang dienen. Darüber hinaus wäre im Sinne *kontrastierendes Lesens und Interpretierens* ein Vergleich von Textpassagen aus Landser-Heften mit „seriösem“ Material möglich, der nicht nur zu Sachinformationen über den Krieg, seine Folgen und seine heutige Einschätzung führen könnte, sondern die Schüler in die Lage versetzte, im Fortgang ihres Erkenntnisgewinns mögliche Defizite der Heftchendarstellung und die Bedenklichkeit mancher Formulierungen selber zu erkennen. Die Schüler werden so zu kritischem Medienkonsum angehalten und können mit der Zeit das gängige „Strickmuster“ der Landser-Hefte von selbst durchschauen. Indem sie sich zudem über die eigenartige Sogwirkung der Kriegsdarstellung in Landser-Heftchen klar werden, werden sie mit Vergangenheitsbedürfnissen konfrontiert, die Aufschluß geben können über die affektive Disposition von Teilen der heutigen Jugend, deren Ursachen und gesellschaftlichen Implikationen. Ein Geschichtsunterricht, der diese literarischen Produkte nicht tabuisiert, sie vielmehr ernst nimmt, indem er sie in den Unterricht einbezieht, dokumentiert auch in dieser Hinsicht seine gesellschaftliche Relevanz⁵⁵⁾.

⁵⁴⁾ Annette Kuhn, Einführung in die Didaktik der Geschichte, München 1977², S. 74. Vgl. auch die Unterrichtseinheit „Krieg“ von J. Beck, C. Surma, Sylvia Unger (Deutsch, 9. Jgs.-Stufe), zu beziehen durch Hess. Institut für Lehrerfortbildung, Darmstädter Straße 90, 608 Groß-Gerau.

⁵⁵⁾ Zu Problemen und Verfahren des Umgangs mit Trivilliteratur im Unterricht s. jetzt: Günther Waldmann, Literatur zur Unterhaltung, Bd. 1: Unterrichtsmodelle zur Analyse und Eigenproduktion von Trivilliteratur, Bd. 2: Texte, Gegentexte und Materialien zum produktiven Lesen, Reinbek 1980.

Jürgen Förster: Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/80, S. 3—15

Der Krieg gegen die Sowjetunion ist mit Recht der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg“ der Neuzeit genannt worden. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Charakter, den Verlauf und den Ausgang des Krieges mit seinen Folgen für die Gegenwart, speziell für Deutschland, ist einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik noch immer nicht bewußt. Die völlige Andersartigkeit des Krieges im Osten — gegenüber dem im Westen — war von Ursprung und Ansatz her bestimmt durch den Versuch Hitlers, seine eigentlichen programmatischen Ziele zu verwirklichen. Es galt, Lebensraum für das deutsche Volk zu gewinnen und zugleich den „jüdisch-bolschewistischen Todfeind“ zu vernichten. Militärischer Kampf zur Eroberung und politisch-polizeiliche Maßnahmen zur Sicherung des Lebensraumes im Osten waren nur verschiedene Seiten eines einzigen großen Vernichtungskrieges. Hitler gelang es, seine raumpolitischen und rassenbiologischen Ziele unter Mithilfe der Wehrmacht- und Heeresführung zu einem unlösbaren Ganzen zu verknüpfen. Die führenden Militärs und Juristen im Oberkommando der Wehrmacht und des Heeres setzten den von Hitler Anfang März 1941 verkündeten Intentionen keinen Widerstand entgegen und erarbeiteten jene — später als „verbrecherisch“ bezeichneten — Befehle, die das Verhalten der Wehrmacht gegenüber den Soldaten der Roten Armee, den Kriegsgefangenen und der sowjetischen Zivilbevölkerung entscheidend festlegten und die Tätigkeit der SS-Einsatzgruppen im Operationsgebiet des Heeres organisatorisch regelten.

Es ist ein Zerrbild der Wirklichkeit, daß nur die SS Juden und kommunistische Funktionäre liquidierte. Auch das Heer war an der Vernichtung der „Träger der feindlichen Einstellung“ beteiligt. Als Erklärung für das Verhalten des Offizierkorps reichen ein verabsolutiertes Gehorsamprinzip oder mangelnde Zivilcourage keineswegs aus. Dies zu belegen ist die Absicht des vorstehenden Aufsatzes.

Gerhard Schneider: Mehr Affektivität im Geschichtsunterricht? Die Darstellung des Zweiten Weltkrieges in der trivialen und populärwissenschaftlichen Literatur und ihre Verwendung im Unterricht

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/80, S. 16—38

Eine wachsende Präsentierung von Geschichte in der Öffentlichkeit deutet darauf hin, daß „die Geschichte“ in unserer Gesellschaft wieder höhere Anerkennung genießt als noch vor Jahren. Der Beitrag versucht, einige Ursachen für dieses gesteigerte Interesse an der Geschichte aufzuzeigen. Am Beispiel der Behandlung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges in verschiedenen populärwissenschaftlichen und trivialen Geschichtsdarstellungen wird dokumentiert, wie die speziellen „Vergangenheitsbedürfnisse“ weiter Kreise der Bevölkerung befriedigt werden.

In einem weiteren Teil des Aufsatzes werden didaktisch-methodische Überlegungen darüber angestellt, wie das die Schüler vor allem der mittleren Klassen so sehr faszinierende Thema „Zweiter Weltkrieg“ im Geschichtsunterricht behandelt werden kann. Dabei werden verschiedene, stärker affektive Zugänge zu diesem Thema vorgeschlagen.